Offizier

Ausgabe 3/2020 × Zeitschrift der Österreichischen Offiziersgesellschaft





Quo vadis, Bundesheer?



"Treu bis in den Tod"

■in(e) VerteidigungsministerIn ist in Österreich auf verlorenem Posten. Der Begriff "Minister" kommt aus dem Lateinischen (ministrare – 'dienen') und bedeutet Diener. In erster Linie wohl Diener des Kanzlers. Leider verstehen nur wenige, dass der Handlungsspielraum eines Ministeramtes vorwiegend durch das Budget bestimmt wird, welches der Kanzler bereit ist zuzugestehen. Es ist egal, ob man geschickt kommuniziert oder nicht, die Wahrheit bezüglich der Landesverteidigung in Österreich liegt im Budget. Und so liegt die Verantwortung für den Zustand des Bundesheers nicht bei den Ministern der Vergangenheit und Gegenwart, sondern bei den jeweiligen Kanzlern. Unverständige attackieren immer wieder die jeweiligen Minister, die allerdings genau dafür "Diener" sind, nämlich, die Kritik zu ernten und den jeweiligen Regierungschef freizuspielen. Für ihre Performance bekommen die Minister dann auch noch Haltungsnoten aus der Chefetage und es wird über alles diskutiert, nur nicht über den Kern des Problems. Es wird nicht darüber diskutiert, dass das Geld für die Unterbringung, für den Transport und die Ausrüstung, für eine zeitgemäße Technik oder die Schutzausrüstung einfach nicht reicht. Tausende junge Staatsbürger, für die die Wehrpflicht gilt, Tausende Soldaten, die täglich die Wünsche der Politik im In- und Ausland erfüllen, werden vernachlässigt, obwohl man sich dann als Politiker strahlend das Treuegelöbnis dieser Menschen anhört, die sich der Führung und dem Volk verpflichten. Am Maria-Theresien-Platz an der Militärakademie erfolgt das sogar mit dem Zusatz "Treu bis in den Tod"! Das Volk verdient diese Treue, die politische Führung meist nicht. Eine kleine Parabel kann uns das Problem gut veranschaulichen: Die Eltern eines jungen Menschen wollen, dass er Fahrrad fährt, weil das für die Gesundheit notwendig ist. Nun will er sich ein Fahrrad kaufen und erfährt, dass es notwendig sei, auch einen Helm, Bein- und Armschützer zu haben, um Gefahren abzuwehren. Die Eltern, die zwar wollen, dass ihr Kind Sport macht, stellen aber nur 150 Euro zur Verfügung.

Damit kann er nur ein "billiges" Fahrrad kaufen, und für die Schutzausrüstung reicht der Betrag nicht. Zyniker empfehlen ihm doch die Schutzausrüstung zu kaufen, weil diese wichtig sei. Diese braucht er allerdings nur, wenn er Fahrrad fährt, und beides ist für den von den Eltern zur Verfügung gestellten Betrag nicht drinnen. Nicht lustig ist es dann allerdings, wenn der junge Mensch verspottet wird, dass er nicht ordentlich ausgestattet ist. Diese Parabel erklärt die Situation des Bundesheers. Die Verfassung verlangt vom Bundesheer die Landesverteidigung und vieles mehr. Für die Landesverteidigung und all die anderen Aufgaben braucht man unterschiedlichste Flugzeuge, Waffen, Fahrzeuge, Funkgeräte, Kasernen u. v. m. Wenn man aber zu wenig Budget bekommt, kann man nicht alles kaufen, was man dazu braucht. Jetzt kommen wieder die Oberschlauen, die meinen, dass man beim Personal einsparen kann. Allerdings ist aber noch nie ein beim Personal erwirtschaftetes Geld in der Investition aufgetaucht. Und außerdem, wer soll denn dann das gekaufte Gerät im notwendigen Ausmaß bedienen? Die Aufgaben erfordern eine gewisse Menge an Personal. Ein echter Insider hat mir einmal gesagt: "Selbst wenn man alle Unwirtschaftlichkeiten und vermeintlichen oder tatsächlichen finanziellen Unsinnigkeiten im Bundesheer beseitigen könnte, würde nicht annähernd jener Betrag zu erwirtschaften sein, den man braucht, um (wieder) eine der Souveränität und Neutralität angepasste Landesverteidigung zu haben. Mit den Budgets der letzten Jahre und dem jetzigen gibt es zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben!" Also bitte keine klugen Vorschläge, was man alles besser machen kann, denn man kann es drehen und wenden, wie man will, "ohne (mehr) Geld ka Musi"! Selbst Thomas Langpaul vom ORF findet es bemerkenswert, dass für das Bundesheer offensichtlich die Aufgaben ans Budget und nicht das Budget an die Aufgaben angepasst werden. Aber das Sommerloch ist vorüber, wir können uns wieder anderen Dingen zuwenden. Das Durchtauchen hat wieder geklappt.

Inhalt

- 4 Brief des Präsidenten
- 6 Einsatzpräsenzdienst Nachlese
- Offener Brief/Appell an den
 Bundeskanzler und den Vizekanzler
- Militärische Landesverteidigung zwischen politischer Beliebigkeit und Verfassungsauftrag
- Krisenunterstützungsteams (KUT) des Jagdkommandos
- 3.... und nun soll's Deutschland als EU-Präsidentschaft richten!"
- 18 ACHTUNG, PANZER!
- Wie geht Sanitätsdienst?
- Das finnische Logistikkommando und seine Partner
- 30 65 Jahre Österreichisches Bundesheer der Zweiten Republik

DER OFFIZIER

Medieninhaber und Herausgeber: Österreichische Offiziersgesellschaft,
Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien, ZVR-Zahl: 795014511 | Chefredakteur:
Bgdr Hon. Univ-Prof. (NKE) Dr. Harald Pöcher | Erscheinungsort: Wien
Marketing: Dr. Michael Radike, marketing@oeog.at
Hersteller: TARGET GROUP Publishing GmbH, Brunecker Straße 3, 6020 Innsbruck
Druck: druckhaus scharmer GmbH, 8280 Fürstenfeld, Flurstraße 67
Fotos: Titelbild Bundesheer/Lechner; andere gem. Einzelnachweis

Namentlich gezeichnete Beiträge und Ausführungen des "Wächters" müssen sich nicht mit der Meinung des Herausgebers decken.

Offenlegung gemäß § 24 und § 25 Mediengesetz:

Die Zeitschrift befindet sich zu 100 Prozent im Eigentum der Österreichischen Offiziersgesellschaft, Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien. Die Richtung der überparteilichen Zeitschrift ist durch die Statuten der OOG bestimmt und bezweckt Informationen in Wort und Bild zu Themen der internationalen und nationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Vorwort

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser!

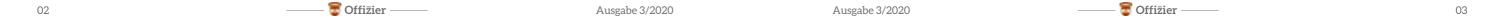
Das beendete dritte Quartal durchlief eine sicherheits- und verteidigungspolitische Achterbahn. Neben viel Lob für den Einsatz der Miliz zur Beherrschung der außergewöhnlichen Krisensituation, in der sich unsere Republik befand, musste die Führung des Ressorts viel Kritik für den Zickzackkurs der geplanten Neuausrichtung des Bundesheeres einstecken

/ Die vorliegende Ausgabe widmet sich in einigen Beiträgen diesen Höhen und Tiefen unserer Streitkräfte. Zu den Höhepunkten zählen die Nachlese zum Einsatzpräsenzdienst und die besondere Bedeutung von Krisenunterstützungsteams (KUT) des Jagdkommandos. Zum Nachdenken anregenwie man aus der offensichtlichen Tiefe herausfinden kann – sollen der "Wächter", der offene Brief/ Appell an den Bundeskanzler und den Vizekanzler der Republik Österreich sowie der Beitrag über die militärische Landesverteidigung zwischen politischer Beliebigkeit und Verfassungsauftrag. Ergänzend dazu zeigen die Beiträge über die Panzertruppen, den Sanitätsdienst und die Logistik auf, welchen Stellenwert diesen Teilbereichen von Streitkräften zukommen sollte. Über die Grenzen in die Europäische Union blickt der Beitrag "... und nun soll's Deutschland als EU-Präsidentschaft richten!". Das Dahinvegetieren der Sicherheitsund Verteidigungspolitik in Europa zeigt nur zu deutlich auf, dass Europa wieder mehr militärische Stärke entwickeln muss, um seinen Stellenwert in der Welt zu erhöhen.

/ Es bleibt zu hoffen, dass die Corona-Krise sich abschwächt und die nächsten Quartale positive Impulse für unser Bundesheer mit sich bringen werden. Jedenfalls wird die Redaktion mit großem Interesse die Planungsaktivitäten beobachten, welche im Zuge der Neustrukturierung des Bundesheeres vor sich gehen und deren Ergebnisse ab 2021 zur Umsetzung gelangen sollen.

Bleiben Sie gesund! Und viel Lesevergnügen mit der vorliegenden Ausgabe wünscht Ihnen der Chefredakteur

Harald Pöcher



Brief des Präsidenten

Das Bundesheer im Sommerloch

eit Jahren kann man es beobachten: Während der politischen Sommerferien wird das Bundesheer hervorgeholt, um mehr oder weniger aufregende Geschichten in den Medien zu bieten. Traditionell mussten in den letzten Jahren die Eurofighter für einen Sturm im Wasserglas herhalten. Heuer reichte schon die Saab 105, deren ersatzlose "Ausphasung" nach 50 Jahren im Dienst angekündigt wurde. Dabei erfuhr die interessierte Öffentlichkeit, dass der souveräne und neutrale Staat Österreich eine eigenwillige Interpretation des Völkerrechts vornimmt. Man hat schon seit Jahren nicht den Anspruch, den Luftraum zu verteidigen, sondern begnügt sich mit Luftraumüberwachung. Und das immerhin tagsüber zu üblichen Bürozeiten. 10 aus 24 (Stunden) hat immerhin auch eine höhere Chance einen Eindringling im Luftraum zu stellen, als bei 6 aus 45 einen Lottotreffer zu landen. So versteht Österreich also den Anspruch, "die Unverletzlichkeit seines Gebietes (...) mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechtzuerhalten und zu verteidigen". In Zukunft werden also 15 Eurofighter - in der brustschwachen "Darabos-Variante" – als völkerrechtliches Feigenblatt dienen. Eine eigenständige Pilotenausbildung wird in Österreich nicht mehr möglich sein.

Das Bundesheer im Budgetloch

Am 26. Oktober 2018, dem Österreichischen Nationalfeiertag, sagte der amtierende Bundespräsident und damit zugleich auch Oberbefehlshaber des Österreichischen Bundesheeres in seiner Ansprache: "In Anbetracht der derzeitigen Budgetentwicklung wird in den nächsten Jahren eine rote Linie überschritten werden, nämlich die der Einsatzbereitschaft. Fehlende Ressourcen gefährden nicht nur die Aufgabenerfüllung, sondern auch das Leben der



Soldatinnen und Soldaten bei ihren Einsätzen."

/ Im Herbst 2019 wurde ein Zustandsbericht – "Unser Heer 2030" – veröffentlicht. Diesem ist zu entnehmen: "Den zunehmenden Bedrohungen steht derzeit ein Bundesheer gegenüber, das seine verfassungsmäßigen Aufgaben zum Schutz Österreichs mangels ausreichender Finanzierung und Ausbildungszeit nicht erfüllen kann … Ohne entsprechende Maßnahmen drohen Österreich erhebliche politische und militärische Risiken:

- Schutzlosigkeit gegenüber den zu erwartenden Bedrohungen und erhebliche Einschränkungen bei den bisher erbrachten Sicherheitsleistungen,
- Gefährdung der österreichischen Soldaten durch mangelnde Ausbildung und Ausrüstung,
- Verlust der Fähigkeit zur Teilnahme an internationalen Friedens- und Stabilisierungseinsätzen,
- Nichterfüllung der verfassungsmäßig festgeschriebenen Neutralitätsverpflichtungen – auch durch mangelnde Befähigung zur Sicherung des österreichischen Luftraumes und
- europapolitische Isolierung und Ausschluss aus der "Ständig Strukturierten Zusammenarbeit" (PESCO) durch Nichteinhaltung der von der österreichischen Bundesregierung eingegangenen Verpflichtungen."

/ Es ist seit diesen mahnenden Worten kein radikales Umschwenken der österreichischen Verteidigungspolitik erfolgt. Statt eines angepeilten Budgets von 3 Milliarden Euro im Jahr 2020 stehen wir aktuell bei 2,55 Milliarden, und statt einer schrittweisen Anhebung auf 1 % des BIP in den nächsten Jahren sieht der Bundesfinanzrahmen ab 2021 wieder eine Reduktion vor. Wir müssen daher eingestehen, dass die rote Linie überschritten wurde. Es ist sprichwörtlich "5 nach 12".

Ist das Bundesheer noch verfassungskonform?

Das ÖVP-FPÖ-Regierungsprogramm aus dem Jahr 2017 wollte durch eine langfristig gesicherte und ausreichende budgetäre Bedeckung den Investitionsrückstau der vergangenen Jahre auflösen und einen verfassungskonformen Zustand des ÖBH, insbesondere der Miliz, herstellen. Auch das aktuelle türkis-grüne Regierungsprogramm verspricht die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustands des Österreichischen Bundesheers nach den Grundsätzen eines Milizsystems und die Ausstattung des Bundesheers mit den erforderlichen Ressourcen zur Erfüllung seines Auftrags.

/ Die sommerlichen Diskussionen um eine Abkehr von der militärischen Landesverteidigung als Hauptaufgabe des Bundesheeres haben jedoch Zweifel an der Redlichkeit der Absicht genährt. Es entsteht vielmehr der Eindruck, dass die Ausrüstung, die Struktur und sogar die Aufgaben des Bundesheers an das mangelnde Budget angepasst werden. Angepasst heißt dabei, dass kostenintensive Waffensysteme, wie Flugzeuge, Panzer und Artillerie, mit abenteuerlichen Begründungen reduziert oder abgeschafft werden

/ Dabei liegt das Problem nicht unbedingt bei der jeweiligen Ressortleitung – also Minister oder Ministerin. Es scheitert seit 20 Jahren an den jeweiligen Bundeskanzlern und Finanzministern, die keinem einzigen Verteidigungsminister die nötigen Mittel bereitstellen wollten. Das hat über die Jahre dazu geführt, dass der Bundespräsident schon mehrmals kritisieren musste, dass das Bundesheer nicht mehr verfassungskonform ist. Und in den Schweizer Zeitungen wird derzeit darüber diskutiert, ob Österreich ein Sicherheitsvakuum in den Ostalpen darstellt.

Misstrauensantrag gegen Verteidigungsministerin Tanner

Es ist wohl anzunehmen, dass der Misstrauensantrag der drei Oppositionsparteien gegen Klaudia Tanner keine Mehrheit im Parlament finden wird. Als Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem Zustand des Bundesheers sollte man ihn aber ernst nehmen. Die Bevölkerung steht zum Bundesheer und sie hat die unklare Kommunikation über die Aufgaben des Bundesheers nicht sehr positiv aufgenommen.

/ Meine Kritik richtet sich vor allem an die Regierungsspitze, denn diese hat das Regierungsprogramm, auf das sich die Verteidigungsministerin immer wieder bezieht, beschlossen. Deshalb habe ich auch als Vorsitzender des Dachverbands der wehrpolitischen Vereine einen Appell an den Bundeskanzler und den Vizekanzler gerichtet. (Der Appell ist in dieser Ausgabe des "Offizier" abgedruckt.)

/ Zeitgleich hat diese Plattform Wehrhaftes Österreich in einer Presseaussendung folgende Forderungen formuliert:

- 1. Rückkehr zum bewährten "Modell 6+2" für die Dauer des Grundwehrdienstes mit verpflichtenden Übungen für die in der Miliz eingesetzten Soldaten
- Keine weitere Reduktion der Waffensysteme des Bundesheeres, weil nur diese die Aufgabenerfüllung in allen Bedrohungsszenarien gewährleisten

Ausgabe 3/2020

- 3. Wiederherstellung der Autarkie des Bundesheeres für zumindest 30 Einsatztage durch entsprechende Bevorratung der dafür erforderlichen Güter
- 4. Sicherstellung der Souveränität und Unabhängigkeit Österreichs auch in der Luft durch Beschaffung geeigneter Schul- und Trainingsflugzeuge sowie eine entsprechende Bewaffnung und Ausrüstung für einen "24/7-Betrieb" aller in der Luftraumüberwachung eingesetzten Flugzeuge
- Sicherstellung eines planbaren Budgets für das Bundesheer durch dessen Festlegung in % des BIP und dessen Anhebung auf die seinerzeit

auch von der "Zilk-Kommission" (2004) empfohlene Höhe von zumindest 1 % des BIP

/ Es ist bezeichnend, dass weder der Bundeskanzler noch der Vizekanzler auf die Presseaussendung oder den Brief geantwortet haben, den ich per E-Mail am 16. Juli 2020 übermittelt habe. Angesichts stetig wachsender Instabilitäten in und um Europa muss uns der Zustand des Bundesheers und dessen Stellenwert in den Augen der Regierungsspitze mit Sorge erfüllen.

Mag. Erich Cibulka, Brigadier Präsident der Österreichischen Offiziersgesellschaft





Einsatzpräsenzdienst – Nachlese



Verteidigungsministerin Tanner bedankt sich bei den Milizsoldaten.

Corona-Krise hat gezeigt, wie schnell es gehen kann, dass die Miliz gebraucht wird. Am 4. Mai 2020 rückten insgesamt 13 Jägerkompanien in die Kasernen ein. Rund 1.400 Milizsoldatinnen und -soldaten, d. h. Einsatzpräsenzdiener und freiwillig Waffenübende, übernahmen nach dem Vorbereitungstraining in allen neun Bundesländern Einsatzaufgaben. Dabei kamen die Milizsoldaten vor allem in ihrem jeweiligen Heimatbundesland zum Einsatz. Nach dem Bekanntwerden der ersten Grenzöffnungen unserer Nachbarländer endete bereits Anfang Juni der Einsatz für sechs Milizkompanien des Österreichischen Bundesheeres. Mit 31. Juli 2020 werden nun auch die restlichen Soldaten wieder in ihr ziviles Umfeld entlassen.

/ Die Aufgaben der Milizsoldaten waren sehr vielfältig. Sie umfassten Tätigkeiten im Rahmen

des sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatzes zur Grenzsicherung, die Übernahme von Objektschutzaufgaben, wie Botschaftsbewachung, die Unterstützung beim Schutz kritischer Infrastruktur, die Ergänzung der Ressourcen der Landespolizeidirektionen und die Unterstützung bei der Sicherstellung eines geordneten Grenzmanagements. Darüber hinaus waren die Milizsoldaten für gesundheitsbehördliche Aufgaben an den Grenzübergängen eingesetzt. Zusammen leisteten die 1.400 Milizsoldatinnen und -soldaten österreichweit insgesamt 1.325.000 Arbeitsstunden zur Bewältigung der Corona-Pandemie. Weiters fuhren die Milizsoldaten mit 300 Heeresfahrzeugen rund 1,5 Millionen Kilometer. 319.000 Verpflegsportionen (Frühstück, Mittag- und Abendessen) wurden in der Einsatzzeit für die Soldaten bereitgestellt.

Ministerin dankt Soldaten

"Mein Dank gilt allen 1.400 Milizsoldatinnen und -soldaten, die Anfang Mai ihren Dienst angetreten haben. In den letzten Monaten haben sie bewiesen, wie engagiert sie sind. Nun gehen sie ab morgen wieder ihrem zivilen Alltagsleben nach. An dieser Stelle darf ich ihnen alles Gute für ihre Zukunft wünschen. Unsere Soldaten stehen aber weiterhin im Corona-Einsatz und an den Grenzen, um die zuständigen Behörden zu entlasten. Erfreulich ist auch, dass sich rund zehn Prozent aller einberufenen Soldaten für einen Folgedienst freiwillig gemeldet haben. Sie unterstützen weiterhin tatkräftig das Bundesheer und sorgen so für die Sicherheit Österreichs. Ich wünsche unseren Soldatinnen und Soldaten im



Ministerin Tanner im Gespräch mit Milizkommandanten



Bundesministerin Tanner und Bundesminister Nehammer besuchen eine gemeinsame grenzüberschreitende Übung an der Grenze.

weiteren Einsatz viel Soldatenglück!", so Verteidigungsministerin Klaudia Tanner.

Geplante Verbesserungen aufgrund der Erfahrungen aus dem Einsatz

Der Einsatzpräsenzdienst hat vor Augen geführt, dass an bestimmten Stellen, wie der Ausstattung oder bei den Besoldungssystemen, Veränderungen notwendig sind. Gerade in Bezug auf die Entlohnung gab es Kritik. Die Kräfte beschwerten sich in einem offenen Brief über ungleiche Besoldung von Berufssoldaten und Milizangehörigen in verschiedenen Einsätzen. Im Zusammenhang mit der ungleichen Entlohnung wird es nach Aussagen des BMLV Verbesserungen geben, denn die gesetzlichen Änderungen sind bereits in Angriff genommen worden.

/ Und auch bei der Ausstattung wird es Verbesserungen geben. Unter dem Motto "Miliz neu denken!" präsentierte am 9. Juli 2020 Verteidigungsministerin Klaudia Tanner gemeinsam mit dem Milizbeauftragten des Bundesheeres, Generalmajor Erwin Hameseder, das Sonderinvestitionspaket der Miliz. Insgesamt sollen in den nächsten drei Jahren rund 200 Millionen Euro in Ausrüstung, Geräte sowie Infrastruktur für die Milizsoldaten investiert werden. Das Investitionspaket soll in den nächsten Jahren in drei Tranchen ausbezahlt werden - heuer, nächstes Jahr und übernächstes Jahr. Das Sonderbudget dient zu Beschaffungen in den Bereichen Ausrüstung, Geräte und Infrastruktur, und es kommt demnach zum Regelbudget hinzu. Inhalte des Pakets sind:

- 200 Funktionsfahrzeuge als Ersatz für die auslaufende Flotte der Pinzgauer im Gesamtwert von ca. 26. Mio. Euro;
- Ausrüstung zum Schutz der Soldaten in einer Höhe von rund 88 Mio. Euro (z. B. Tarnanzüge, Nachtsichtbrillen, Kampfhelme, Schutzwesten, Headsets und Gehörschutz);
- Führungsmittel, wie Funkgeräte und moderne IKT-Geräte, für eine nachhaltige Aufrechter-

- haltung der Führungsfähigkeiten in der Höhe von rund 22 Mio. Euro;
- modernisierte Sturmgewehre StG77 sowie neue Scharfschützengewehre für rund 16 Mio, Euro sowie
- neue Infrastruktur wie Garagen, Lagerhallen im Wert von ca. 28 Mio. Euro.

/ Der Milizbeauftragte Generalmajor Erwin Hameseder begrüßt das Milizpaket und zeigt sich erfreut: "Als Milizbeauftragter habe ich daher bereits seit Jahren ein entsprechendes Sonderinvestitionspaket Miliz gefordert - jetzt ist es so weit! Diese Investitionen sind die Voraussetzung dafür, dass Teile der Miliz – also der Bürger in Uniform - die anspruchsvollen und komplexen Aufgaben, die mit dem Blick in die Zukunft vermehrt auftreten werden, auf hohem professionellem Niveau bewältigen können. Das neue Paket zielt einerseits darauf ab, den Selbstschutz der Milizsoldaten deutlich zu erhöhen. Und es geht auch darum, den modernen Anforderungen des militärischen Aufgabenspektrums zu entsprechen. Ich danke der Ministerin für ihr großes Bekenntnis zur Miliz!"



Verteidigungsministerin Tanner, Generalmajor Hameseder und Soldaten mit neuer Ausrüstung

Offener Brief

Appell an den Bundeskanzler und den Vizekanzler der Republik Österreich

ngesichts der seit Monaten anhaltenden öffentlichen Diskussion über den Zustand des Österreichischen Bundesheeres (ÖBH) und seine zukünftige Ausrichtung richtet die Präsidentenkonferenz des Dachverbands der wehrpolitischen Vereine – in Ergänzung des Positionspapiers vom Juli 2017 – folgenden offenen Brief/Appell:

Offener Brief/Appell an den Bundeskanzler und den Vizekanzler der Republik Österreich

Wir haben als Soldaten Treue zu den Gesetzen gelobt. Deshalb verwehren wir uns gegen die Infragestellung der verfassungsmäßigen (Art. 79 BV-G) und einfachgesetzlichen Aufgaben (§ 2 WG) des ÖBH durch die Bundesregierung.

/ Diese Aufgaben können nur mit einer Verfassungsmehrheit im Nationalrat geändert werden. Die Aufgabe der Regierung besteht im Vollzug der Gesetze (Exekutive). Ein Regierungsprogramm darf daher die Vorgaben der Legislative nicht unterlaufen.

/ Mit dem Ende des Kalten Krieges und nach Beruhigung des Bürgerkrieges am Balkan wurde Österreichs Sicherheitspolitik mit der "Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin 2001" in das 21. Jahrhundert übergeleitet. Dieses Grundsatzdokument wurde als "Österreichische Sicherheitsstrategie" 2013 nochmals aktualisiert. Als Entschließung des Nationalrates bestimmt sie die Grundsätze, nach denen die Bundesregierung ihre Sicherheitspolitik auszurichten hat.

/ Von diesen Grundsätzen wurde seit damals abgeleitet: die "Teilstrategie Verteidigungspolitik" (2014), das "Militärstrategische Konzept" (2017), das Lagebild 2018 ("Trends & Konfliktbild 2030"/"Das Bedrohungsbild 2030") und der Zustandsbericht des ÖBH 2019 ("Unser Heer 2030").

/ Populistische Aussagen über die Unwahrscheinlichkeit von Panzerschlachten im Marchfeld oder im Waldviertel bezeugen lediglich, dass die Grundlagen der Sicherheitspolitik der Regierungsspitze unbekannt sind. Die angeführten Dokumente der Verteidigungspolitik begründen vier operative Einsatzverfahren (Abwehroperation, Schutzoperation, Luftraumsicherungsoperation, Evakuierungsoperation), die sich aus der aktuellen Bedrohungslage ableiten.

/ Es besteht kein Mangel an Analysen und erarbeiteten Lösungskonzepten. Es mangelt jedoch am politischen Willen, Österreich auf die erkannten Herausforderungen vorzubereiten und die dafür erforderlichen Geldmittel – zumindest 1 % des BIP – bereitzustellen.

/ Das zuletzt – nach einer Aussprache mit dem Bundespräsidenten – von der Verteidigungsministerin vorgetragene Bekenntnis zur Militärischen Landesverteidigung als Kernaufgabe des ÖBH entpuppt sich rasch als Lippenbekenntnis, wenn zugleich jene Waffengattungen und Systeme, die dafür (also die vier zuvor erwähnten Operationen) erforderlich sind, reduziert und/ oder ersatzlos "ausgephast" werden.

/ Bei früheren Reformschritten – dieser Begriff wird oft als Synonym für Sparvorgaben und Fähigkeitsverlust verwendet – wurden einige Waffensysteme (wie z. B. Panzer, Artillerie, Panzer- und Fliegerabwehr) bereits auf einen "Rekonstruktionskern" geschrumpft. Damit ist klar, dass eine weitere Reduktion eine spätere Rekonstruktion unmöglich macht und einer verfassungswidrigen Abschaffung entspricht.

/ Ohne "Schwere Waffen" ist ein verfassungskonformer Zustand des ÖBH unmöglich. Abwehr- oder Schutzoperationen könnten derzeit nicht oder nur sehr eingeschränkt durchgeführt werden. Die Luftraumüberwachung ist auf 10 von 24 Stunden beschränkt. Der Schutz der Bevölkerung ist daher nicht sichergestellt.

/ Dass sich Österreich bereits vor Jahren – anders als die Schweiz – vom Ziel einer glaubwürdigen Luftverteidigung verabschiedet hat, ist ein Faktum, das überrascht. Österreich ist

als Mitglied der Europäischen Union zwar in sicherheitspolitische Strukturen eingebunden. Nachdem die EU aber kein Verteidigungsbündnis im engeren Sinn ist – diese Funktion übernimmt in Europa die NATO – und sich Österreich stets auf seine spezielle völkerrechtliche Situation als neutraler Staat beruft, obliegt es Österreich, eigenständig seine Souveränität zu Lande und in der Luft sicherzustellen.

/ Umso bedenklicher ist nun, dass durch die De-facto-Nichtentscheidung über eine Nachfolgelösung für den Unterschallflieger Saab 105 OE nunmehr auch die bloße Luftraumüberwachung (LRÜ) gefährdet ist. Es ist völlig unverständlich, dass eine aktive LRÜ, die nur zu 10 von 24 Stunden stattfindet, toleriert wird.

/ Österreich gibt damit völkerrechtlich seine Souveränität preis und wird zu einem Sicherheitsvakuum im Herzen Europas. Als sicherheitspolitischer Trittbrettfahrer verliert Österreich internationale Reputation und wird dafür einen (anderen) Preis bezahlen müssen.

/ Auch das Bekenntnis zur Miliz bleibt unglaubwürdig. Nach 15 Jahren Testbetrieb ist erwiesen, dass das Konzept der Freiwilligkeit gescheitert ist. Ohne verpflichtende Truppenübungen wird es keinen personellen Aufwuchs der Miliz geben. Wenn gleichzeitig die präsenten Kräfte reduziert werden, führt dies zwangsläufig zu einem Abbau von einsatzbereiten Kräften zur Krisenbewältigung.

/ Einmal mehr erneuern wir daher unsere Forderung nach Rückkehr zum bewährten 6+2-Modell (6 Monate Grundwehrdienst und 2 Monate Übungsverpflichtung über einige Jahre verteilt).

/ Unsere Kritik richtet sich nicht primär gegen die Verteidigungsministerin. Sie versucht ein Regierungsprogramm umzusetzen, das sie nicht mitbestimmt hat. Mangels Detailkenntnis wird sie zu einem Spielball zwischen militärischen Notwendigkeiten und politischen Vorgaben, wodurch der Eindruck eines Zickzackkurses entsteht. Wir wenden uns daher an die Regierungsspitze und erwarten, dass hinkünftig das Regierungsprogramm nicht über die Verfassung gestellt wird.

/ Wir haben den Eindruck gewonnen, dass die Bundesregierung das Ziel verfolgt, die Kosten für das Bundesheer auf ein Minimum zu reduzieren – weit unter dem EU-Schnitt. Dazu müssen die Aufgaben neu definiert und die "teuren Fähigkeiten" aufgegeben werden. Wir werden nicht müde werden, darauf hinzuweisen, dass dies nur geht, wenn der Verfassungsauftrag an das Bundesheer missachtet wird. Denn diese Entwicklung würde dazu führen, dass die "strategische Handlungsreserve der Republik" zerstört wird. Für die Innere Sicherheit wird es weiterhin die Polizei geben, für die Bewältigung von Katastrophen ist die Feuerwehr zuständig. Zeitgemäße Landesverteidigung wäre aber nicht mehr möglich. Diese Wette auf die Zukunft wollen wir nicht abschließen. Eine Umwandlung des ÖBH in eine leicht bewaffnete Feuerwehr oder ein "Technisches Hilfswerk" nach deutschem Vorbild ist für uns inakzeptabel.

/ Daher unser Appell: Kehren Sie zurück zu einer staatstragenden Verteidigungspolitik. die

- die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung ins Zentrum ihres Handelns stellt,
- unseren völkerrechtlichen Status und unsere internationale Glaubwürdigkeit wahrt,
- sich verantwortlich für die Gesundheit und das Leben österreichischer Soldaten zeigt.

Wien, 15. Juli 2020 Mag. Erich Cibulka, Brigadier Vorsitzender der Präsidentenkonferenz

Im Namen der ca. 250.000 Mitglieder unserer Vereinigungen:

Österreichische Offiziersgesellschaft | Österreichische Unteroffiziersgesellschaft Österreichischer Kameradschaftsbund | Interessengemeinschaft der Berufsoffiziere | Vereinigung Österreichischer Peacekeeper | Traditionsverband der Sachsendragoner | Rainerbund Salzburg | Militärmusikfreunde Österreich | Arbeitskreis Miliz – Club Maria Theresia | Niederösterreichische Militärhistorische Gesellschaft | Interessengemeinschaft Umfassende Landesverteidigung | Kameradschaft Feldmarschall Radetzky Oberösterreich | Kameradschaft vom Edelweiß Steiermark | Militär Fallschirmspringer Verbund-Ostarrichi Milizverband Österreich | Pharmazeutischer Militär-Kameradschaftsbund | Österreichische Chargengesellschaft

Militärische Landesverteidigung zwischen politischer Beliebigkeit und Verfassungsauftrag

Rückzug vom Rückzug vom Rückzug erfolgte schnell: Die militärische Landesverteidigung bleibt (Haupt-) Aufgabe des Österreichischen Bundesheers. Daran gibt es - rechtlich wenig zu rütteln. Das österreichische Bundes-Verfassungsgesetz ("**B-VG**") ist hier eindeutig: "Dem Bundesheer obliegt die militärische Landesverteidigung." Nach Art 9a B-VG bekennt sich Österreich zur umfassenden Landesverteidigung. "Ihre Aufgabe ist es, die Unabhängigkeit nach außen sowie die Unverletzlichkeit und Einheit des Bundesgebietes zu bewahren, insbesondere zur Aufrechterhaltung und Verteidigung der immerwährenden Neutralität. Hiebei sind auch die verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihre Handlungsfähigkeit sowie die demokratischen Freiheiten der Einwohner vor gewaltsamen Angriffen von außen zu schützen und zu verteidigen." Das Neutralitätsgesetz, ein Bundesverfassungsgesetz, bestimmt ergänzend dazu, Österreich werde seine immerwährende Neutralität als bewaffnete Neutralität nach dem Muster der Schweiz "mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln" aufrechterhalten und



ZUR PERSON

Priv.-Doz. Dr. Bernhard Müller wurde 2009 an der Universität Wien für Verfassungs- und Verwaltungsrecht habilitiert. Er ist Milizoffizier im Rang eines Majors.



Der Verfassungsauftrag an das Bundesheer ist klar: "die Unabhängigkeit Österreichs und die Unverletzlichkeit seines Staatsgebietes aufrechtzuerhalten und zu verteidigen". Hier im Bild ein Panzerspähwagen im Einsatz an der Grenze 1956

verteidigen. Dies ist ein klarer Verfassungsauftrag, der nicht zur Disposition des einfachen Gesetzgebers steht! Militärische Landesverteidigung ist daher kein Wollen, sondern ein Müssen. Eine Verfassungsänderung ist nicht in Aussicht genommen.

Militärische Landesverteidigung als Hauptaufgabe

Unbestreitbar ist nach dem Wortlaut des Artikels ("Art") 79 Abs 1 und Abs 2 B-VG überdies, dass die militärische Landesverteidigung die primäre bzw. Hauptaufgabe des Bundesheers ist; lediglich "ferner" ist das Bundesheer "auch über den Bereich der militärischen Landesverteidigung hinaus" zum sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatz "bestimmt" (Art 79 Abs 2 Z 1 B-VG) sowie zur Hilfeleistung bei Elementarereignissen und Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfanges (Art 79 Abs 2 Z 2 B-VG). Das Bundesheer ist sohin weder eine "Hilfspolizei" noch ein "Technisches Hilfswerk". Verfassungsrechtlich muss es Militär sein!

"Kernbestandsgarantie" versus robustes und leistungsfähiges Militär

Ein Alleinstellungsmerkmal des Militärs - so wurde in letzter Zeit verschiedentlich postuliert – sei das Vorhandensein "schwerer Waffen" (Panzer, Artillerie etc.). Das beantwortet aber die Frage nicht: Warum muss das Bundesheer über schwere Waffen verfügen? Gibt es dafür verfassungsrechtliche Vorgaben? Die Verfassungsrechtler haben sich hier bis dato bedeckt gegeben: Es ist mehrheitlich davon die Rede, die völkerrechtliche Verankerung der österreichischen Neutralität würde die vorbereitende Sicherstellung eines Mindestmaßes an Effektivität der militärischen Landesverteidigung fordern. Insoweit sei von einer "Kernbestandsgarantie" des Bundesheers auszugehen. Es würden sich in Art 79 B-VG aber keine Spezifizierung über die Art und Ausgestaltung der Organisation des Bundesheers, vor allem auch keine Vorgaben mit Blick auf Waffengattungen und militärische Strukturen finden. Ich halte diese Sichtweise – aus verfas-



Der Verfassungsauftrag an das Bundesheer ist klar: "die Unabhängigkeit Österreichs und die Unverletzlichkeit seines Staatsgebietes aufrechtzuerhalten und zu verteidigen". Hier im Bild ein Jagdpanzer an der Grenze während des Krieges im ehemaligen Jugoslawien 1991



Der Kampf der verbundenen Waffen ist eine zwingende Fähigkeit des Bundesheeres und erfordert die notwendige Anzahl schwerer Waffen, beispielsweise Kampfpanzer.

sungsrechtlicher Sicht – für falsch und begründe dies wie folgt:

Schutz der Grenzen und der Unversehrtheit des Territoriums der Republik Österreich durch das Bundesheer

Art 79 Abs 1 B-VG legt nicht ausdrücklich ein Mindestmaß an Ausrüstung und Bewaffnung fest und trifft ferner keine direkte Aussage darüber, ob das Bundesheer zur Durchführung der militärischen Landesverteidigung schwere Waffen besitzen muss. Deshalb muss im Auslegungsweg ermittelt werden, was "militärische Landesverteidigung" bedeutet. Art 79 Abs 1 B-VG lautete in Umsetzung des Art 120 des Staatsvertrags von Saint-Germain ursprünglich: "Dem Bundesheer liegt der Schutz der Grenzen der Republik ob." Der Verfassungsauftrag an das Bundesheer ist sohin klar: die Unabhängigkeit Österreichs und die Unverletzlichkeit seines Staatsgebiets aufrechtzuerhalten und zu verteidigen. Damit unterscheidet sich das Militär wesentlich von der Polizei durch eine unterschiedliche Aufgabenstellung und andere Fähigkeiten, die Folge der Aufgabenstellung sind. Im Rahmen der B-VG-Novelle 1975 erhielt Art 79 Abs 1 B-VG die jetzt noch gültige Fassung. Damals fand der Verfassungsgesetzgeber das Konzept der Raumverteidigung vor. Dieses sah eine Verteidigung des Bundesgebiets (und nicht nur der Grenzen) durch

das Bundesheer vor. Der Verfassungsgesetzgeber meinte 1975 mit "militärischer Landesverteidigung" somit ein Konzept eines kampfkräftigen Militärs zur Abwehr eines Gegners von außen. Militärische Landesverteidigung bedeutet daher die Bewältigung von Bedrohungen, denen mit den herkömmlichen Mitteln des Staats nicht begegnet werden kann. Ein Zustand, bei dem das Bundesheer diese Bedrohungen nicht abwehren kann, ist verfassungswidrig.

Kampf der verbundenen Waffen als zwingende Fähigkeit

Im Rahmen dieser historischen Interpretation lässt sich der Verfassungsauftrag ableiten, dass das Militär in der Lage sein muss, das "klassische Gefecht" gegen einen vorwiegend konventionell kämpfenden Gegner zu führen (wer diese Fähigkeit hat, kann auch Einsätze niedrigerer Intensität

bewerkstelligen). Dazu ist es internationaler Standard, das Gefecht nach dem Prinzip des "Kampfes der verbundenen Waffen" ("Einsatz der verbundenen Kräfte") zu führen. Der Zweck davon ist, die Gesamtheit aller Kräfte, Mittel und Fähigkeiten vor allem durch die Koordination von Feuer und Bewegung so zur Wirkung zu bringen, um den eigenen Auftrag gegenüber dem Gegner durchzusetzen. Das unterscheidet das Militär von der Polizei! Hierzu wirken die verschiedenen Waffengattungen der Kampftruppen (Panzer, Panzergrenadiere, Infanterie etc.) mit den Kampfunterstützungstruppen (Artillerie, Pioniere, ABC-Abwehr etc.), den Führungstruppen (Aufklärung, Führungsunterstützung etc.) und der Logistik auf dem Gefechtsfeld zusammen, damit einerseits die eigene Informations- und Feuerüberlegenheit sowie die Bewegungsfähigkeit an der entscheidenden Stelle erzwungen und >



Der Kampf der verbundenen Waffen ist eine zwingende Fähigkeit des Bundesheeres und erfordert auch Luftunterstützung.



Die Anwendung des Prinzips des Kampfes der verbundenen Waffen kann nur dann voll zur Wirkung kommen, wenn auch zielgerichtet ausgebildet und geübt wird.

andererseits die Aufklärung-, Wirkungsund Bewegungsmöglichkeiten des Gegners minimiert werden. Die Fähigkeit zum Kampf der verbundenen Waffen ist in der Regel ab der Brigade vorhanden, weil erst diese über die dafür erforderlichen Kampf-, Kampfunterstützungsund Führungstruppen, Logistik sowie leistungsfähigen Stäbe verfügen.

Um den Verfassungsauftrag erfüllen zu

Ohne Kampf der verbundenen Waffen keine militärische Landesverteidigung

können, muss das Bundesheer personell und vor allem materiell von seinen Fähigkeiten her so ausgestattet sein, dass es den Kampf der verbundenen Waffen zu führen in der Lage ist. Das ist aus der verfassungsrechtlichen Zweckbestimmung des Bundesheers in Art 79 Abs 1 Satz 1 B-VG abzuleiten. Eines ist aber auch klar: Ob das Österreichische Bundesheer über eine, zwei, drei oder vier Landbrigaden verfügen muss, darüber sagt Art 79 Abs 1 B-VG nichts aus. Das hängt in erster Linie vom Bedrohungsbild und den Ambitionen des Staats ab. Fällt aber ein wesentlicher Träger des Kampfes der verbundenen Waffen, wie etwa die Panzertruppe und die Artillerie, (fast) gänzlich weg, weil er z. B. auf eine Kompanie reduziert wird, oder gibt es zu wenig geschützte Infanterie etc., verliert das Bundesheer seine Fähigkeit zum Kampf der verbundenen Waffen. Das bedeutet: Ein verfassungswidriger Zustand, der einer faktischen Abschaffung der militärischen Landesverteidigung gleichkommt, wird dann erreicht, wenn wesentliche Leistungsträger - und dazu gehören auch schwere Waffen – des

Kampfes der verbundenen Waffen auf einen bloßen "Rekonstruktionskern" beschränkt werden und wenn das Bundesheer nicht mehr in der Lage ist, derzeitige und zukünftige Bedrohungen abzuwehren, die ohne das Militär nicht bewältigt werden können. Hier besteht der wesentliche Unterschied zur Polizei, nämlich in der selbstständigen Auftragserfüllung des Militärs gegenüber einem Gegner, der zur Anwendung massiver (Waffen-)Gewalt gewillt ist.

Keine Fähigkeit ohne Ausbildung und Übung

Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang: Die Anwendung des Prinzips des Kampfes der verbundenen Waffen verlangt von Kommandanten und Stäben, dass sie Fähigkeiten, Stärken, Schwächen sowie Führungs- und Einsatzgrundsätze der zu integrierenden Kräfte und Mittel ebenso kennen wie die Rahmenbedingungen, die für deren Einsatz nötig und zu schaffen sind. Kommandanten und Stäbe müssen daher dementsprechend ausgebildet werden. Klar ist nämlich: Was nicht ausgebildet und geübt werden kann,

das kann im Einsatz nicht beherrscht werden. Die Fähigkeit, den Kampf der verbundenen Waffen zu führen, beschränkt sich sohin nicht bloß auf das Vorhandensein des entsprechenden (auch schweren) Geräts. Kommandanten und Stäbe müssten im Führungsprinzip "Kampf der verbundenen Waffen" ausgebildet werden. Dafür wird es nicht genügen, das Gefecht auf einem Simulator zu führen. Es benötigt entsprechender Übungen mit Volltruppe und ausreichendem Gerät. Dazu brauchen die Brigaden einen "Übungsgegner", weil sonst der Kampf der verbundenen Waffen nicht geübt werden kann. Eine Brigade wird daher nicht genügen, um davon sprechen zu können, dass das Bundesheer einsatzfähig ist und seinen Auftrag erfüllen kann, Österreich zu verteidigen.

/ Das führt zum Fazit: Eine Reduktion der Panzer, Panzergrenadiere, Artillerie, des fliegerischen Geräts auf ein absolutes Minimum, das Fehlen ausreichend geschützter Infanterie sowie Umbau des Heeres auf "billige Assistenzinfanterie" ohne schwere Waffen und der Einsatz des Militärs für den Katastrophenschutz widersprechen der Verfassung, weil das Bundesheer dann seinen primären Verfassungsauftrag, die militärische Landesverteidigung, nicht erfüllen kann. Ein Militär, das sich auf Cyberabwehr, sicherheitspolizeiliche Assistenzeinsätze und Katastrophenhilfe beschränkt, entspricht nicht der Verfassung. Hier kann man sich auch nicht auf lange Vorwarnzeiten "ausreden", weil der Aufbau der militärischen Kernfähigkeiten Jahre benötigt, sind entsprechende Fertigkeiten einmal abgebaut worden.



Der Kampf der verbundenen Waffen ist eine zwingende Fähigkeit des Bundesheeres und erfordert die notwendige Anzahl schwerer Waffen, beispielsweise Artillerie.



Die Krisenunterstützungsteams werden zur Rückholung von österreichischen und EU-Staatsbürgern und zur Unterstützung des örtlichen Botschaftspersonals eingesetzt.

Krisenunterstützungsteams (KUT) des Jagdkommandos

as Bundesheer beschäftigt sich seit 2001 unter Einbindung des Jagdkommandos mit der Einsatzaufgabe zur Rückholung von Staatsbürgern aus dem Ausland im Falle einer Krise. Erste Bearbeitungen im multinationalen Rahmen wurden dazu durch das Jagdkommando mit der Deutschen Bundeswehr (Division Spezielle Operationen und dem Einsatzführungskommando der Bundeswehr) im Jahr 2001 durchgeführt. Nachfolgend wurde im ÖBH unter Einbindung und Mitarbeit des Jagdkommandos im August 2009 das Operative Verfahrenskonzept "Evakuierungsoperationen" als verbindliche Planungsgrundlage durch das BMLV verfügt.

/ Seit 2017 ist das Jagdkommando Formierungs- und Einsatzführendes Kommando für Krisenunterstützungsteams. 2019 wurde das Jagdkommando mit der operativen

Eventualfallplanung Evakuierungsoperation beauftragt, welche im Februar 2020 genehmigt wurde.

/ Im Falle von Krisen werden sogenannte Krisenunterstützungsteams (KUT) – gebildet aus dem BMLV, BMI unter Führung BMEIA – in die jeweilige Krisenregion entsandt und unterstützen die österreichische Vertretung vor Ort bei der Rückführung von Staatsbürgern. Diese Entsendungen erfolgen mit meist sehr kurzer Vorwarnzeit (wenigen Stunden).

/ Die militärische Evakuierungsoperation stellt im Rahmen der nationalen Krisenvorsorge das letzte Mittel dar und bedarf bestimmter Vorlaufzeiten (z. B. Überflugsgenehmigungen) zur Realisierung. Erst wenn KUT aufgrund der Gefährdungslage oder des Zusammenbruchs von Teilen der staatlichen Verwaltung nicht in der Lage sind den Auftrag zu erfüllen, kann eine militäri-

sche Evakuierungsoperation notwendig werden.

/ KUT führen in der Regel zweimal pro Jahr Erkundungen in potenziellen Krisenländern durch und unterstützen die österreichischen Auslandsvertretungen in der Erstellung und Bearbeitung der jeweiligen Krisenpläne. Die Festlegung dieser Länder erfolgt auf Basis einer gesamtstaatlichen Beurteilung durch das BMEIA.

/ Im Falle von krisenhaften Entwicklungen verfügt Österreich damit über eine umfassende Krisenvorsorge mit detaillierten Evakuierungsplänen für seine Staatsbürger bis hin zu Plänen zur Durchführung einer militärischen Evakuierungsoperation.

/ Die Aufgaben der Soldaten des Jagdkommandos sind in der Regel dabei die Beurteilung der Sicherheitslage, die Aufnahme der österreichischen Staatbürger in vorher festgelegten Sammelpunkten, Erste-Hilfe-Leistung, Zusammenstellung des Transports und Organisation des Abtransports in ein vorher festgelegtes sicheres Drittland meistens am Land-, Luft- oder Seeweg. Dabei kommen gemietete Fahrzeuge, Schiffe und Flugzeuge zum Einsatz. Wann immer möglich, kann auch auf das System C130 Hercules zurückgegriffen werden.

/ Sollte Österreich die Entscheidung treffen, seine Staatsbürger aus Krisenregionen zurückzuholen, verfolgen in den allermeisten Fällen auch andere >



Der Gesundheitscheck aller Passagiere durch Temperaturmessung, die Beurteilung des augenscheinlichen Eindrucks und die Kurzanamnese gehören zu den Aufgaben der Krisenunterstützungsteams.

12 Ausgabe 3/2020 Ausgabe 3/2020 13

europäische Länder dieses Ziel. In den vergangenen Jahren hat sich dazu die sogenannte Non Combatant Evacuation Coordination Group (NCG) etabliert, an der sich nahezu alle EU-Länder. die USA, Kanada und Australien beteiligen und im Krisenfall eine sogenannte Non Combatant Evacuation Coordination Cell (NEOCC) bilden. Ziel der NEOCC im Krisenfall ist es, durch einen Informationsaustausch vorhandene Ressourcen (zivil und militärisch) bestmöglich auszulasten, um Staatsbürger in Sicherheit zu bringen. In beiden Organisationen ist Österreich mit Vertretern des BMEIA und des Jagdkommandos vertreten.

In den vergangenen Jahren folgende KUT-Einsätze durchgeführt

- 2011 während des Arabischen Frühlings in Ägypten (28. 1. 2011 bis
 8. 2. 2011) und Libyen (19. 2. 2011 bis 28. 2. 2011)
- im Juni 2016 in der Türkei
- 2020 im Rahmen der Covid-19-Pandemie

/ Die wesentliche Leistung für das Jagdkommando bestand in der sehr raschen Bereitstellung von gut ausgebildetem Personal und vor allem krisensicherer Kommunikation.

/ Die eingesetzten Krisenunterstützungsteams waren mit Schwergewicht zur Rückholung von österreichischen und EU-Staatsbürgern und zur Unterstützung des örtlichen Botschaftspersonals eingesetzt.

Einsatzdarstellung am Beispiel KUT Ägypten 2011

Die Alarmierung erfolgte über das Diensthabendensystem des ÖBH. Nach der Alarmierung am 281830Jan11 erfolgten unmittelbar die Zusammenziehung der Soldaten und das Herstellen der unverzüglichen Verlegebereitschaft. Die Verlegung zum Flughafen Wien erfolgte am 282300|an11. Dort erfolgte die Einteilung der insgesamt drei KUT. Das "Lead KUT" wurde an die österreichische Botschaft in Kairo mit drei Soldaten des JaKdo und der Abteilung Spezialeinsätze des SKFüKdo entsandt. Zwei weitere KUT wurden mit je einem Mitarbeiter BMEIA, BMLV (JaKdo), EKO COBRA und BVT nach Sharm



Auch die Betreuung während des Flugs inkl. notwendiger Erste-Hilfe-Maßnahmen gemeinsam mit der Crew gehören zu den Aufgaben der Krisenunterstützungsteams.

el Sheik und Hurghada entsandt. Die entsandten Elemente erreichten die Einsatzräume am Morgen des 29Jan11. Am 30Ian11 wurde im Raum Luxor ein erhöhtes Aufkommen Evakuierungswilliger festgestellt. Das KUT in Hurghada wurde daraufhin geteilt und zwei Mann (BMEIA und BMLV) verlegten im Landmarsch von Hurghada nach Luxor. Im Wesentlichen bestanden die Hauptaufgaben neben der Beurteilung der Sicherheitslage in der Feststellung und Registrierung von evakuierungswilligen Personen, deren Abholung an den Sammelpunkten und der Organisation des Weitertransportes in das sichere Drittland. Das "Lead KUT" in Kairo hatte zusätzlich die österreichische Botschaft in Sicherheitsbelangen sowie in der Durchführung eines durchgehenden Schichtbetriebes zu unterstützen. Die Einsatzführung dauerte bis 08Feb11. Danach waren alle Evakuierungswilligen außer Landes verbracht. Die Evakuierungen wurden mit durch BMEIA gecharterten zivilen Flugzeugen sowie mit dem System C-130 durchgeführt.

Einsatz 2020 im Rahmen der Rückholung von Staatsbürgen aus Covid-19-betroffenen Ländern aufgrund des Shutdowns

Im Zuge der Corona-Krise wurden KUT (BMEIA und JaKdo) entsandt, um aufgrund des Lockdowns "gestrandete" österreichische Staatbürger aus Ländern weltweit zurückzuführen. Aufgrund der oft sehr dramatischen Lage in sogenannten Covid-19-Hotspotländern organisierte das BMEIA Charterflüge, um österreichische Staatsangehörige zu

evakuieren. Das Jagdkommando unterstützte dabei mit ABC-Abwehr Spezialisten, Sanitätsspezialisten und geschulte Soldaten für Krisenintervention.

/ Die Aufgaben der eingesetzten Jagdkommandosoldaten bestanden

- Einweisung von BMEIA und AUA in Hygiene- und Schutzmaßnahmen beim Crew Briefing
- Vorbereitung des Flugzeugs hinsichtlich Hygiene- und Schutzmaßnahmen (Trennung Passagier- und Crew-WC, Freihalten von Isolationsbereichen für potenziell infizierte Passagiere)
- Gesundheitscheck aller Passagiere durch Temperaturmessung, Beurteilung des augenscheinlichen Eindrucks und Kurzanamnese
- Betreuung w\u00e4hrend des Flugs inkl. notwendiger Erste-Hilfe-Ma\u00dBnahmen gemeinsam mit der Crew
- Unterstützung beim Deboardingprozess

/ Im Zeitraum von 13Mar20 bis 07Apr20 wurden durch das JaKdo insgesamt zehn Flüge in Europa, nach Afrika und Südamerika begleitet.

/ Krisenunterstützungsteams sind ein wertvoller Beitrag zur Sicherheit österreichischer Staatbürger im Falle von krisenhafter Entwicklung im Ausland.

/ Die hohe Flexibilität, der hohe Bereitschaftsgrad und die umfassende Ausbildung der Angehörigen des Jagdkommandos ermöglichen so die rasche Unterstützung des BMEIA bei der Erfüllung der staatlichen Verpflichtung zur Fürsorge seiner Staatsbürger im Ausland in Krisensituationen. (Oberst R. Ranacher, Jagdkommando)

"... und nun soll's Deutschland als EU-Präsidentschaft richten!"

Vorbemerkung

Mitten in der weltweiten Corona-Pandemie hat die Bundesrepublik Deutschland am 1. Juli 2020 von der Republik Kroatien plangemäß den Vorsitz im Rat der EU übernommen. Wo und wofür steht das "organisierte Europa" gegenwärtig? Gesundheitliche Betroffenheit, wirtschaftlicher Rückschritt und allerorts herrschende Verunsicherung ("Was kommt als Nächstes?") sind momentan kein Nährboden für Aufbruchstimmung innerhalb der Unionsbürgerschaft. Viele dem Europagedanken Verbundene hoffen daher darauf, dass es der deutschen EU-Präsidentschaft gelingen wird, das aus Anlass von Covid-19 verloren gegangene Vertrauen in Problemlösungen durch internationale Organisationen (WHO, UNO, EU etc.) zumindest ansatzweise wieder zurückzugewinnen. Gelingen könnte dies u. a. durch rasche, sichtbare gemeinschaftliche Taten, denn die mangelnde Solidarität der Mitgliedsstaaten (etwa beim Finanzthema, durch uneinheitliche Sanitätsstandards oder betreffend die Migrations- und Asylbewältigung) führt vermehrt zu nationalen Alleingängen und widerspricht somit der

auch für die Krisenbewältigung nötigen Ganzheitlichkeit.

"Gemeinsam. Europa wieder stark machen."

Unter diesem Leitmotiv strebt der deutsche Ratsvorsitz (Homepage: www.eu20.de) folgende sechs Ziele an:

- die dauerhafte Überwindung der Covid-19-Pandemie und die wirtschaftliche Erholung;
- ein stärkeres und innovativeres Europa;
- ein gerechtes Europa;
- ein nachhaltiges Europa;
- ein Europa der Sicherheit und der gemeinsamen Werte;
- ein starkes Europa in der Welt.

Vorgaben aus dem neuen 18-Monate-Programm

Das aktuelle Trior-Ratsprogramm wurde von Deutschland, Portugal und Slowenien sowie dem Hohen Vertreter der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik (Josep Borrell) ausgearbeitet. Es soll eine möglichst reibungslose Übergabe des Vorsitzes von einem EU-Mitgliedsstaat an den anderen durch eine Planung für 18 Monate gewähr-

leisten und enthält diejenigen Themen, die während der jeweiligen Vorsitze nach Maßgabe der Strategischen Agenda 2019–2024 zu administrieren sein werden.

Kernaussagen im Zusammenhang mit dem obigen Leitmotiv:

- Förderung der Zusammenarbeit/ Einigkeit unter den Mitgliedsstaaten in Hinblick auf die Bewältigung von Covid-19 (erreicht werden soll dies durch Eindämmung der Corona-Pandemie, Stärkung der Resilienz Europas, Stützung einer robusten und nachhaltigen Erholung im Einklang mit aktuellen Entwicklungen und auf Grundlage gewonnener Erfahrungen mit Blick auf die Zukunft des europäischen Krisenmanagements und Bevölkerungsschutzes).
- Der mehrjährige Finanzrahmen für die Jahre 2021–2027 hat ein wesentliches Instrument zur Unterstützung einer nachhaltigen Erholung zu sein. Zusammen mit einem wirtschaftlichen Erholungsfonds soll dieser mehrjährige Finanzrahmen die in Europa erforderlichen anspruchsvollen Lösungen voranbringen.



Resilienz und entsprechende "ability to act" beinhalten auch gemeinsame Übungen der Mitgliedsstaaten. Hier im Bild sichert ein kroatischer Trupp im Rahmen einer multinationalen Übung.



Leitgedanke für den Bereich Sicherheit und Verteidigung ist ein starkes Europa in der Welt. Als Grundvoraussetzungen dafür gelten Resilienz und entsprechende "ability to act". Hier im Bild Hubschrauber von mehreren Mitgliedsstaaten der EU im Formationsflug

−−−− 📰 Offizier

— 🗺 Offizier



Ein starkes Europa bedeutet auch Zusammenarbeit im militärischen Bereich. Hier im Bild eine tschechische Mi-24 und eine österreichische AB 212

 Erhaltung eines gerechten und sozialen Europas bei gleichzeitiger weltweiter Förderung europäischer Interessen und Werte (erreicht werden soll dies durch Förderung des sozialen Zusammenhalts, der Rechtsstaatlichkeit, von Gleichberechtigung und Menschenrechte sowie durch gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen



ZUM AUTOR

Ministerialrat Hptm Mag. Christoph Moser

ist stellvertretender Leiter der Abteilung für Fremdlegislative und internationales Recht im BMLV (derzeit verwendungsgeändert als Referatsleiter im Kabinett & Generalsekretariat von Bundesministerin Mag. Klaudia Tanner), Gender-Mainstreaming-Beauftragter sowie Vorsitzender des Dienststellenwahlausschusses/BMLV und seit 35 Jahren Mitglied der OGW, davon lange im Vorstand und Leitungsstab des Präsidenten aktiv.

- unter Einbeziehung der während der aktuellen Pandemie gemachten Erfahrungen).
- · Gewährleistung eines transparenten und europaweiten digitalen Wandels unter Wahrung der Menschenrechte und Bürgerschutz vor böswilligen Aktivitäten im Internet und vor Falschinformationen (erreicht werden soll dies durch Erzielung von Fortschritten bei der Digitalisierung im Bildungsbereich, in der Forschung sowie im Finanzund im Gesundheitswesen vorrangig mittels Stärkung/Erhaltung der digitalen Souveränität in Hinblick auf die Digitalisierung und die künstliche Intelligenz als zukünftiger Schlüsseltechnologie; weiters durch eine aktive Gestaltung der Zukunft der Arbeit, auch in Hinblick auf die Digitalisierung, und Verstärkung der Bemühungen darum, die europäische Säule sozialer Rechte umzusetzen).
- · Entwicklung umfassender, dauerhafter und krisenfester Lösungen im Bereich der Migration (erreicht werden soll dies durch verstärkte Maßnahmen gegen die illegale Migration und den Menschenhandel bei gleichzeitiger Bekämpfung der Grundursachen von Flucht und Vertreibung).
- · Weitere Förderung der technologischen und industriellen Souveränität Europas sowie eines resilienten und wettbewerbsfähigen Binnenmarktes (erreicht werden soll dies durch Sicherstellung einer wirksamen und gerechten Umsetzung, Anwendung und Geltendmachung

- der Binnenmarktregeln dazu gehören einheitliche Wettbewerbsbedingungen sowie eine gerechte und wirksame Besteuerung, ebenso die Verstärkung des Kampfes gegen die Geldwäsche bzw. die Förderung eines offenen, ehrgeizigen, gerechten, nachhaltigen und regelbasierten Handels).
- · Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit in Europa und Sicherstellung eines stabilen Investitionsumfelds für kleine und mittlere Unternehmen (erreicht werden soll dies durch eine Definition strategischer Wertschöpfungsketten, Industrien und wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse samt einer Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie zusätzlich durch eine Unterstützung des Finanzsektors beim Übergang in das digitale Zeitalter).
- · Investitionen in einen innovativen, nachhaltigen und intelligenten wirtschaftlichen Wandel, der alle Regionen umfasst (erreicht werden soll dies durch Stärkung von deren Wettbewerbsfähigkeit, durch Schaffung eines klimaneutralen und grünen Europas sowie durch Verwirklichung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung und der Zielsetzungen des europäischen "green deal").
- Förderung europäischer Werte auf internationaler Ebene gemeinsam mit dem Hohen Vertreter der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik (erreicht werden soll dies durch die Fortführung des Erweiterungsprozesses in Hinblick auf den Westbalkan, Durchführung einer ehrgeizigen Nachbarschaftspolitik nach Osten und Süden bzw. einer Stärkung der Zusammenarbeit mit Afrika, Pflege internationaler Beziehungen und weitere Begutachtung der europäischen Verteidigungspolitik sowie der verteidigungspolitischen Beziehungen).

GASP-/GSVP-Weiterentwicklung

Leitgedanke für den Bereich "Sicherheit und Verteidigung" ist ein starkes Europa in der Welt. Als Grundvoraussetzungen dafür gelten Resilienz und entsprechende "ability to act". Daher



Gemeinsame Übungen stärken den Geist eines vereinten Europas. Hier im Bild eine österreichische Hercules mit Fallschirmjägern aus mehreren Staaten, zum Einsteigen bereit



Amtskollegin Mag. Annegret Kramp-Karrenbauer in Berlin wurde auch über die Schwerpunkte der kommenden informellen/förmlichen EU-Verteidigungsminister-Tagungen gesprochen.

soll die GASP/GSVP dahingehend ausgebaut werden, die EU-Handlungsfähigkeit in zukünftigen Krisen zu stärken. Konkret heißt das:

- Erstmals wird auf europäischer Ebene eine Bedrohungsanalyse aufgestellt werden. Mittels des sogenannten Strategischen Kompasses wird der GSVP eine gemeinsame strategische Richtung gegeben.
- · Die bestehende EU-NATO-Kooperation wird intensiviert/fokussiert, insbesondere auf dem Gebiet der Militärischen Mobilität.
- In Form des European Medical Command als Nukleus wird die Zusammenarbeit der Streitkräfte-Sanitätsdienste forciert – dabei ist sowohl ein EU/SSZ als auch ein NATO-FNC-Projekt geplant.
- Die militärische Planungs- und Führungsfähigkeit und die strategische Fähigkeitsplanung werden verbessert.
- · Die jeweiligen Cyber- und Digitalkompetenzen von EU und Mitgliedsstaaten im Verteidigungsbereich werden gestärkt.

Thematische Zusammenarbeit zwischen dem BMLV und dem BMVg

Abseits aller bilateralen Fachkontakte konnte das BMLV dem BMVg zur Bewältigung der anfallenden Präsidentschaftsaufgaben mehrfach ausführliche inhaltliche/organisatorische Hinweise aus der ressorteigenen Projektorganisation EU-18 (im Zeitraum 2017-2019) geben. So kam beispiels-

weise eine deutsche Delegation noch vor dem Beginn des österreichischen Ratsvorsitzes (2. Halbjahr 2018) nach Wien, um sich über den damaligen Vorbereitungsstand zu informieren und daraus Schlüsse für die eigene Aufbauund Ablaufregelung zu ziehen. Rechtliche Erfahrungen nach Abschluss der heimischen Präsidentschaft, vor allem über die vom BMLV/MVB erfolgte RAG "Friends of Precidency"-Leitung zum militäraffinen Legislativdossier "Europäischer Verteidigungsfonds", konnten vom BMLV/FLeg den zuständigen Juristen des BMVg vorjährig mitgeteilt werden. Beim Treffen von Bundesministerin Mag. Klaudia Tanner mit ihrer Amtskollegin Mag. Annegret Kramp-Karrenbauer am 14. Juli 2020 in Berlin

wurde auch über die Schwerpunkte der

kommenden informellen/förmlichen

EU-Verteidigungsminister-Tagungen gesprochen, die (lagebedingt) in Berlin, Brüssel oder virtuell mittels VTC stattfinden sollen.

Nachbemerkung

Alle mit der Präsidentschaftsagende Befassten sind sich einig, dass der deutsche EU-Ratsvorsitz - trotz bekannter Inhalte des oben vorerwähnten "Pflichtprogramms" - ein gehöriges Ausmaß an "Flexibilität" unter Beweis zu stellen haben wird. Diese Anforderung kann sich beispielsweise aus vorher nicht so beurteilten Globaltrendentwicklungen oder dem weiterhin ungelösten künftigen Verhältnis der EU zum UK ergeben und bedarf im Einzelfall besonnener Politikentscheidungen nach entsprechender fachlicher Beratung.



Im Vorfeld des Arbeitsgespräches besuchte Ministerin Tanner das Ehrenmal der Bundeswehr.

16 🗑 Offizier ——— ₹ Offizier —— Ausgabe 3/2020 Ausgabe 3/2020

ACHTUNG, PANZER!



Obstlt Mag. (FH) Jörg Loidolt, MA Ausmusterung 2003 zum PzB10, seit 2007 beim PzB14 KdtStbKp, S4, S3, stvBKdt und seit 2019 Kdt PzB14 Vizepräsident OG OÖ

erade in Zeiten der Pandemie sind wir Offiziere gefordert, unser erlerntes Handwerk, die Beurteilung der Lage und die Erarbeitung von machbaren Handlungsoptionen von der taktischen bis zur militärstrategischen Ebene, weiter auf alle Gefährdungspotenziale für unsere Republik zu richten.

/ Die militärische Landesverteidigung, eingebettet in den Sicherheits- und Verteidigungsrahmen der EU, ist und bleibt dabei der Kern des Handelns der Streitkräfte. Wenn, wie im Regierungsprogramm richtig angeführt, bei den schweren Waffengattungen reduziert wurde, entsprach dies sicherlich der vorherrschenden Risikoanalyse. Dass dieser Weg fortgesetzt wird, also Österreich nicht wieder aufrüstet, ist nachvollziehbar. Im gleichen Absatz des Regierungs-

programms wird aber die spezifische Ausrüstung, also eine zeitgemäße, vorangestellt. Dass hier sowohl bei den Autoren als auch bei den Lesenden das Bild eines Kampfpanzers vor dem geistigen Auge erscheint, ist offensichtlich.

/ Bevor wir vorschnell, unter Auslassung von Beurteilungsschritten, einen Entschluss fassen, sollten wir das Umfeld betrachten. Dazu wird die Panzerwaffe von drei exemplarischen EU-Staaten und einem neutralen kurz dargestellt. Diese sind Deutschland, Polen, Schweden und die Blaupause der österreichischen Neutralität, die Schweiz. Alle Länder haben Varianten des Leopard 2 im Dienst, deren Konfiguration ebenfalls in der gebotenen Kürze beleuchtet wird. Als Erstes geht der Blick zu unserem Lieblingsnachbarn Deutschland.

Deutschland

Nach der Wiedervereinigung und der Integration der NVA in die Bundeswehr zählten die deutschen Streitkräfte über 100 Panzerbataillone. Diese wurden rasch abgebaut, und zu Beginn dieses Jahrzehnts sollten nur mehr vier dieser Verbände in der Struktur abgebildet sein. Wie in anderen Ländern auch wurde in Deutschland die Struktur aber der wieder steigenden konventionellen Bedrohung angepasst, das Heer verfügt derzeit über sechs aktive Panzerbataillone, wobei das PzBtl 363 in Hardheim erst jüngst aus der Taufe gehoben wurde.

/ Der Panzer dieser Verbände ist natürlich der Leopard 2. Ziel ist es, alle aktiven Verbände mit der Version A6M oder A7 auszustatten. Der Zulauf dieser Versionen ist im Gange, aber gerade die Präsenz im Baltikum oder die Beteiligung an der NATO VJTF (Very High Readiness Joint Taskforce, Teilstreitkräfte übergreifenden Kräfte in Brigadestärke) führt zu Engpässen bei den damit nicht beauftragten Verbänden. Andererseits wird für diese Hochwerteinsätze der A7 ständig weiterentwickelt, so ist die Einführung einer Kongsberg-Waffenstation zur Drohnenabwehr eingeleitet. Das angesprochene Engagement bei der VJTF und im Baltikum führt zu einer hohen Auslastung der anderen Verbände.

Daher war die Beteiligung des PzB14 an der ILÜ 2018 und 2019 seitens der Bundeswehr hochwillkommen. Nach Deutschland richten wir unseren Blick weiter nach Osten.

Polen

Das an der EU-Ostgrenze liegende Polen ist besonders von den Änderungen der strategischen Lage zwischen der EU und Russland betroffen. So grenzt Russland nicht nur im Osten direkt an Polen, auch die Enklave Kaliningrad im Norden stellt eine mögliche Bedrohung dar. Waren die polnischen Streitkräfte kurz nach dem NATO-Beitritt noch ganz darauf ausgerichtet, internationale Missionen zu bedienen, wurde dies 2012 praktisch völlig eingestellt. Die Professionalisierung der Armee wurde durch neue leichte Miliz-Infanterieverbände ergänzt. Diese befinden sich aber erst im Aufbau, die Rekrutierung gestaltet sich schwierig. Durch diese Verbände sollen die Berufsverbände frei werden, um eine glaubwürdige Abschreckung an der besagten Ostgrenze aufzubauen.

/ Von den elf PzB sind vier mit Leopard A4/5 ausgestattet. Sonst kommt Gerät sowjetischer Provenienz zum



 $Kampfpanzer\ sind\ vielf\"altig\ einsetzbar,\ beispielsweise\ auch\ im\ Ortskampf.$

Schweden – auch bei den Streitkräften – gezogen. Daher ist dies immer aufschlussreich

Schweden

Schweden, blockfreies EU-Mitgliedsland, hat nach dem strategischen Weißbuch von 2015 begonnen, seine Streitkräfte wieder mehr gegen einen symmetrischen Feind auszurichten. Dies ist auch, wie in Polen, erhöhter Spannungen mit Russland geschuldet. Dabei sind die alten Regimenter so-

Insel, verfügt über die elfte Panzerkompanie der schwedischen Armee. Die Mischung der Verbände ist auf das stark bewaldete und teils mit Seen durchzogene Gelände sowie auf den Kampf im urbanen Umfeld ausgerichtet.

/ Die momentan in den schwedischen Streitkräften eingeführten Kampfpanzer sind die modernsten Leopard 2A5, die zwischen 1997 und 2002 ausgeliefert wurden. Bundeswehrkameraden meinen hinter vorgehaltener Hand, es sei der beste Leopard, der je gebaut wurde.

/ Gegenüber dem Leopard 2A5 der deutschen Armee wurden einige Verbesserungen beim Neubau, auch mit hoher schwedischer Wertschöpfung, implementiert. So wurden das Nexter Galix Fahrzeugschutzsystem, ein von Akers entwickeltes passives Schutzsystem, sowie eine verstärkte Frontalpanzerung verbaut. Ein verbessertes Feuerleitsystem und ein C2-System bringen eine sehr hohe Gefechtsfeldbeherrschung mit sich. Mit einer kombinierten Wärmebildkamera mit Laserentfernungsmesser können mehrere Ziele erfasst und an den Richtschützen zur Bekämpfung übergeben werden, wobei das manuelle Nachrichten auf ein Minimum reduziert wird. Schweden verfügt weiters über etwa 142 Stridsvagn 121, auch als Leopard 2A4 bekannt. Diese werden teilweise zu Pionier- und Brückenlegepanzer umgerüstet, wobei sechs Einheiten bereits eingeführt sind, die Zukunft der verbleibenden Panzer ist zurzeit ungewiss. Die Verwertung im Hochofen scheint aber keine Option. Auch unser westlicher Nachbar, die >



Durch ihre Feuerkraft und Schnelligkeit sind Kampfpanzer ein wesentlicher Faktor beim Kampf der verbundenen Waffen.

Einsatz. Die vorhandenen Leoparden sollen zum Leopard 2PL, mit großer polnischer Wertschöpfung, umgebaut werden. Der erste Prototyp wurde, durchaus bemerkenswert, mitten in der Corona-Pandemie vorgestellt. Nach den zwei großen EU- und NATO-Staaten richten wir unseren Blick Richtung Norden, nach Schweden. Oft werden Parallelen zwischen Österreich und

Truppensteller für die geplanten Brigaden. Die Panzerwaffe ist nicht in eigene Verbände gegliedert, sondern ist Teil gemischter mechanisierter Verbände. In insgesamt fünf dieser Bataillone gibt es je zwei Panzerkompanien. Die Kampfgruppe Gotland, stationiert auf der gleichnamigen, als strategisch wichtigen der Ostküste vorgelagerten

wohl Ausbildungsverbände als auch



Panzer

Stk

18 — 🗑 **Offizier** — Ausgabe 3/2020 Ausgabe 3/2020 — 🗑 **Offizier** — 19





Die volle Wirkung erzielen Kampfpanzerverbände im Kampf der verbundenen Waffen. Hier im Bild werden angreifende Panzer durch einen bewaffneten Hubschrauber unterstützt

 ${\it Stoßkraft}\ und\ nicht\ zuletzt\ durch\ die\ Feuerkraft\ der\ Hauptbewaffnung.}$

Eidgenossenschaft, denkt nicht daran, seine Panzerwaffe thermisch umzugestalten.

Schweiz

Die Schweiz, die immer wieder als Blaupause für viele Bereiche in Österreich herangezogen wird, ist natürlich auch im Bereich der Panzerwaffe mehr als einen Blick in den Westen wert. Die gesamte Gliederung spiegelt die laufende, zyklische Ausbildung der Wehrpflichtigen wider. Neben den vier territorialen Infanteriedivisionen verbleibt als Manöverelement eine mechanisierte Division. Diese umfasst die identen Mech-Brigaden 1 und 11 und die MechBrig 4 als Kampfunterstützungsverband. Die PzBrig1 ist mit allen Verbänden im Westen bei Lausanne stationiert, während die PzBrig11 im Osten in Chur liegt. Ursprünglich sah die Planung der Schweizer Armee Grenadierverbände mit je drei Grenadier- und einer Panzerkompanie vor und Panzerverbände mit drei Panzer- und einer Grenadierkompanie. Diese Gliederung wurde aber zugunsten von sechs identen Mech-Bataillonen verworfen. Damit finden sich im PzB 12 und 13 und in den MechInfB 14, 17, 18, 29 je zwei Panzerkompanien.

/ Die Gliederung ist weniger der kleinteiligen Topografie als einer politischen Entscheidung geschuldet. Mit diesem mechanisierten Anteil braucht die Schweiz keinen Vergleich mit einer Armee gleicher oder sogar erheblich größeren Armee zu scheuen.

/ Der Kampfpanzer der Schweizer Streitkräfte ist der Pz87 WEO6. Dabei handelt es sich um ein Lizenzprodukt des Leopard 2A4, Baulos 5, das in einer Vorserie von 35 Stück durch KMW produziert und ausgeliefert wurde, während 345 Stück in der Schweiz durch die Vorläufer der RUAG gefertigt wurden.

/ Im Jahr 2006 wurde ein Werterhaltungsprogramm beschlossen und führte für die kampfwertgesteigerten Modelle zum Suffix WE06. Dieses Werterhaltungsprogramm umfasste 134 Fahrzeuge. Der Pz87 WE06 verfügt über die notwendigen Adaptionen, um die Plattform zumindest bis ins Jahr

2030 weiter betreiben zu können. So wurde ein nachtkampffähiges Kdt-Persikop mit achtfacher Vergrößerung verbaut. Der Turm- und Waffenantrieb wurde auf elektrisch umgestellt. Weiter erhielt der Fahrer eine digitale Anzeige und eine Rückfahrhilfe. Das Kdt-Systembediengerät wurde ebenfalls digitalisiert, und die Vorbereitungen für ein Führungsinformationssystem wurden integriert. Eine zusätzliche Panzerung wurde konzeptionell beurteilt, der Durchführung wurde aber nicht beigetreten. Begleitend wurden aus den verbleibenden Wannen zwölf Genie- und Minenräumpanzer sowie zwölf Brückenleger gefertigt. 109 Panzer wurden verkauft und 96 stillgelegt. Derzeit wird ein zweites Werterhaltungsprogramm im Bereich der Wanne und des Antriebs auf den Weg gebracht.

/ Hier bleibt festzustellen, dass eine tief greifende Beurteilung des Schweizer WEO6-Programms und der anlaufenden zweiten Werterhaltung Wanne-Motor-Getriebe bei einer (über-) fälligen Nutzungsverlängerung der österreichischen Leopard-Flotte unumgänglich ist, um effizient, effektiv, kostenbewusst mit hoher heimischer Wertschöpfung zu planen.

/ Für eine detaillierte Beurteilung der Konfliktparteien bleibt in dieser Kurzanalyse kein Platz mehr. Über die mannigfaltigen Verwerfungen im weiteren Umkreis rund um Österreich, ob in der Ukraine oder bei den Stellvertreterkriegen in Syrien und Libyen, bei der die Drohnenkampfführung zu Lande und in der Luft jegliche pessimistische Prognose bei Weitem übertrifft, ist festzustellen: Auch im hybriden Konflikt

hat der Kampfpanzer nicht ausgedient. Die Stärken Feuerkraft, Beweglichkeit und Schutz sind auch am Gefechtsfeld des 21. Jahrhunderts gefragt.

/ Nach diesem Rundumblick gilt es Folgerungen zu ziehen. Augenscheinlich ist der Leopard der Panzertyp in Mittel- und Nordeuropa. Die mit Österreich punkto Fläche, Einwohner und Wirtschaftskraft vergleichbaren Staaten Schweiz und Schweden verfügen über zwölf bzw. elf Panzerkompanien und machen nicht den Anschein, diese reduzieren zu wollen.

/ Beide Staaten haben gemischte Panzer- und Panzergrenadierverbände, wobei dies nur bedingt auf die Topografie zurückzuführen ist. Andere Mittelstaaten innerhalb der EU, wie Dänemark oder Ungarn, verfügen über ein Panzerbataillon innerhalb einer mechanisierten Brigade. Alle beschriebenen Staaten haben einen großen volkswirtschaftlichen Wertschöpfungsanteil beim Bau oder der Modernisierung ihrer Panzerflotte. Dies ist durchaus auch das Geschäftsmodell des Leopard-Stammhauses KMW. Neue, hybride Konflikte schließen den Panzer nicht aus, sondern fügen neue Bedrohungen, darunter auch leistungsfähigere Panzer und Landdrohnen, hinzu. Daher erfolgt nun die Darstellung innerhalb unserer eignen Grenzen.

Österreich

Die eingangs erwähnte Reduzierung innerhalb der schweren Waffengattungen haben die ehemals 3 PzB des ÖBH natürlich mitgetragen. Das PzB10 ist aufgelöst, das JgB33 ist nun ein nicht wegzudenkender Infanterieverband der 3. JgBrig. Damit verbleibt ein PzB,

das PzB14 in Wels. Derzeit ist es in drei Kampfeinheiten und eine Stabskompanie gegliedert. Inhärent ist der hohe Milizanteil von über 60 %, so wie bei allen aktiven Verbänden der Streitkräfte. Dieser könnte auf über 75 % gesteigert werden, sollte die materiell und personell machbare Option einer 4/14 als reine Milizkompanie gezogen werden.

/ Der Standort Wels hat sich als ideal zur Erhaltung der Fähigkeit Kampfpanzer erwiesen, da in Wels alle Fristen, von der einfachen Truppen- bis zur Basismaterialerhaltung, inklusive kostengünstiger Optimierungen aus der Erfahrungen Ableitungen für praktisch alle Verbände gezogen werden. Für andere kann es nur "leichter" werden.

/ Nach diesem Überblick, in der bereits erwähnten notwendigen Kürze, sind damit machbare Handlungsoptionen gezeichnet, die es natürlich nicht umsonst und schon gar nicht gratis gibt. Ob Österreich den angesichts der sich rapide verschlechternden Sicherheitslage rund um EU-ropa unorthodoxen Weg geht und den Kern der Panzerwaffe auf einen Nukleus verkleinert, liegt nicht in der Hand der Offiziere. Zum Abschluss vielleicht noch ein Ge-



Die polnische Armee rüstet seit der Wende ihre Panzerflotte auf den Kampfpanzer Leopard um. Hier im Bild Leoparden während einer Parade in Warschau

Synergie Streitkräfte und Streitkräftebasis, an einem Standort verwirklichen lassen. Das österreichweite Manko der industriellen Unterstützung bei einer Nutzungsverlängerung kann ebenfalls in Wels teilweise wettgemacht werden. So wäre ein Joint Venture der einheimischen Industrie mit KMW, mit hoher österreichischer Wertschöpfung, am Gelände der Hessenkaserne vorstellbar.

/ Auf gefechtstechnisch-taktischer und logistischer Seite hat das PzB14 seit 2017 durch eine stattliche Anzahl an Verlegungen nach Deutschland den weiteren Wissensabbau nicht nur aufhalten können, sondern auch im Bereich der Logistik Abläufe überprüfen und verbessern können. Im Rahmen der strategischen Mech-Partnerschaft mit der Deutschen Bundeswehr ist die österreichische Panzerwaffe ein geschätzter Partner auf Augenhöhe. Im Hinblick auf das PESCO-Ziel "Military-Schengen" können aus den bereitgestellten

danke aus dem Vereinigten Königreich. Die Briten sagen: "A tank is like a dinner jacket, you don't need them very often, but when you do, nothing else will do." Und wer kann schon mit Bestimmtheit sagen, dass wir nie wieder zu einer Dinner-Party eingeladen werden?



Eine effiziente Logistikstruktur spielt für den Einsatz von Kampfpanzern eine wichtige Rolle. Der Standort Wels hat sich als ideal zur Erhaltung der Fähigkeit Kampfpanzer erwiesen.

21



Der Leopard ist seit Jahrzehnten das Rückgrat der Panzerwaffe der Deutschen Bundeswehr

 ▼ Offizier ——
 Ausgabe 3/2020
 Ausgabe 3/2020
 —— ▼ Offizier ——



Mit den mobilen Feldambulanzen besitzt das Bundesheer ein Alleinstellungsmerkmal zur Beherrschung großer Katastrophen.

Wie geht Sanitätsdienst?

Gedanken zur Organisation des Sanitätswesens des Bundesheeres und die Chance auf den Sprung ins 21. Jahrhundert

rühling 2020, die Welt kämpft gegen die Ausbreitung eines neuen Virus an. Jeder Bürger unserer Republik kennt die Worte Infektionsrate, Quarantäne und Letalität nicht nur mehr aus Hollywood-Blockbustern, sondern hat sie hautnah miterlebt. Schreckliche Bilder aus Norditalien erreichen uns durch die heimischen Medien, die hiesigen Infektionszahlen steigen und es macht sich Unsicherheit breit. Spitalsambulanzen stoßen in einer frühen Phase der Überlastung an den Rand ihrer räumlichen und personellen Kapazitäten. Auf gut Deutsch: Der Hut brennt.

/ Wer soll das System entlasten, wer kann in dieser fordernden Zeit helfen? Die Militärspitäler des Bundesheeres? Natürlich – wenn es diese noch gäbe. Im Jahr 2012 wurden die Militärspitäler in Graz und Innsbruck geschlossen und zu Feldambulanzen umstrukturiert, auch die Sanitätsanstalt in Wien-Stammersdorf musste Betten einbüßen und den Status eines Heeresspitals abgeben. Der Sanitätsdienst wird in vielen Bereichen verkleinert, wegrationalisiert und somit zum Schatten seiner selbst. Aus betriebswirtschaftlicher

Sicht waren diverse Einsparungen vermutlich durchaus nachvollziehbar. Es fehlte nun mal an Effizienz und Auslastung der Sanitätseinrichtungen. Wie groß der Bedarf an diesen Institutionen in Zukunft werden könnte, wurde in den Kalkulationen des Rechnungshofes aber nicht berücksichtigt.

/ Im Frühjahr 2020 wieder angekommen, passiert für den gelernten Österreicher etwas Ungewöhnliches: Medien zeigen Missstände im Sanitätswesen des Bundesheeres auf und wünschen Betten in Militärspitälern, die für die Öffentlichkeit zugänglich sind. Es werden mehr finanzielle Mittel für das Bundesheer gefordert. Aber ein Mehr an Budget alleine würde die Lage des Sanitätswesens des Bundesheeres nur geringfügig verbessern. Was es für eine Reanimation der Sanität zusätzlich braucht, ist ein neues Selbstverständnis. Nun stellt sich die Titelfrage: Wie geht Sanitätsdienst?

Die Stellung des Sanitätsdienstes

Um die eingangs gestellte Frage beantworten zu können, muss man sich der derzeitigen Auffassung des militä-

rischen Sanitätsdienstes in Österreich bewusst werden. An den Grenzen Österreichs stehen Soldaten und leisten den Gesundheitsbehörden Assistenz. Man könnte meinen, dass bei dieser Art von Einsatz Sanitätssoldaten an vorderster Front benötigt werden. Tatsächlich wird dieser Einsatz vom gesamten Waffengattungsspektrum des Bundesheeres abgedeckt, bis eben auf die Sanität. Aber wie kann das sein? Wäre es nicht sinnvoller, auch medizinisch geschultes Personal zur Unterstützung der Truppe einzusetzen, das im Zweifel das klinische Erscheinungsbild eines Menschen genauer deuten und somit eine eventuelle Infektion mit SARS-CoV-2 valider eruieren kann? Der Umstand, dass kein Sanitätspersonal an unseren Grenzen steht und die Behörden unterstützt, ist nur ein Abbild dessen, welches Standing das Sanitätswesen im Bundesheer wirklich hat. Es sollte eigentlich der Helfer in der Not, der gute Geist in der Krise und eine Stütze des Gemüts sein. In realitas ist es aber oft das unliebsame Anhängsel, der Appendix der Truppe sozusagen, welches Ressourcen, wie Fahrzeuge und Räumlichkeiten, fordert, die oft gerne woanders eingesetzt gesehen werden würden. Aber kann man diesen Zugang zurzeit jemandem verübeln? Die sinnvolle Arbeit der Sanität ist seit Jahren durch immer wiederkehrende Umstrukturierungen und Verkleinerungen praktisch nicht mehr möglich. Sanitätseinrichtungen in unseren heimischen Kasernen werden durch Analysen des Rechnungshofs und Regierungen von unterschiedlichster Couleur bis zur Handlungsunfähigkeit reduziert.

/ Militärspitäler? Gibt es nicht mehr. Adäquate Ausrüstung für Notärzte und Sanitäter? Nur bedingt vorhanden. Umfangreiche Übungsmöglichkeiten für das Sanitätspersonal? Eher nein. Das Sanitätswesen kränkelt an allen Ecken und Enden, ja wenn es nicht sogar schon reanimationspflichtig ist. In den folgenden Absätzen finden Sie mögliche Ansätze, diesen klinisch toten Patienten ins Leben zurückzuholen.

Das Bundesheer als Player im Gesundheitswesen

Wie kann man das Image des Sanitätsdienstes aufpolieren? Wie hält man sein Personal in Übung? Ganz einfach: Man lässt es arbeiten. Viele Armeen dieser Welt unterhalten Spitäler, die nicht als medizinisches Exil, sondern als Zentrum der medizinisch-wissenschaftlichen Expertise gelten. Deutschlands Bundeswehrkrankenhäuser sind nicht nur für Soldaten, sondern auch für die zivile Bevölkerung zugänglich. Auch der zivile Rettungsdienst wird mancherorts durch Rettungswägen, Notarzteinsatzfahrzeuge und Notarzthubschrauber der Bundeswehr unterstützt. Dieser Umstand ermöglicht eine besondere Symbiose: Auf der einen Seite sind Ärzte, Pfleger und Sanitäter in der Lage, ihr erlerntes Know-how täglich anzuwenden und auszubauen, auf der anderen haben Patienten bei z. B. elektiven Eingriffen eine kürzere Wartezeit, da das Gesundheitssystem durch einen weiteren Krankenhausträger entlastet wird.

/ Warum also nicht Gleiches in Österreich anstreben? Die anfallenden Kosten können kein Gegenargument darstellen, da ein Krankenhaus nicht nur Gelder konsumiert, sondern diese auch produziert. Und gerade in Zeiten von Covid-19 darf einfach nicht die

Frage gestellt werden, wie viel uns unsere Gesundheit wert ist. Man könnte zudem auch wissenschaftliche und wirtschaftliche Symbiosen mit dem zivilen System schaffen und dieses somit unterstützen. Ganz davon abgesehen würde es dem Ansehen des Bundesheeres nur guttun, wenn es hieße, dass das Heer der Bevölkerung am "eigenen Leib" hilft. Die genaue Erläuterung des Vorteils von zusätzlichen Krankenhausbetten in Pandemiezeiten ist, so glaube ich, durch das zurzeit Erlebte nicht weiter erforderlich.

/ Aus dienstrechtlicher Sicht darf es auch kein Contra, ein Krankenhaus 24/7 zu betreiben, geben. Gesetze sind abänderbar, das konnte man in letzter Zeit gut beobachten.

/ Summa summarum überstrahlt der Nutzen einer Implementierung des Bundesheeres als dritten Krankenhausträger, neben Ländern und Privaten, alle Gegenargumente. Auch als Organisation des Rettungsdienstes bietet das Heer mehr Vor- als Nachteile.

Feldambulanzen – die mobilen Sanitätseinsatzkräfte des Bundesheeres

In der Neustrukturierung des Sanitätsdienstes im Jahr 2013 blieben von ursprünglich zwölf Feldambulanzen nur drei übrig. Für den Fall einer Pandemie mit höherer Intensität eine absolute Katastrophe. Zum Vergleich kamen in der Schweiz vier Spitalbataillone und etliche Sanitätskompanien in der Covid-19-Krise zum Einsatz. Im äußers-



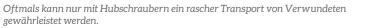
Im mobilen Operationssaal wird ein Verwundeter behandelt.



Ein voll funktionsfähiger Sanitätsdienst benötigt auch Militärspitäler mit modernster Einrichtung.

22 — \$\overline{\pi}\$ Offizier — Ausgabe 3/2020 Ausgabe 3/2020 — \$\overline{\pi}\$ Offizier — 23







Auch in den Auslandseinsätzen bewährt sich unser Sanitätspersonal.



ten Notfall könnte also die Schweizer Armee nicht nur die Spitäler direkt mit armeeeigenem Personal, sondern auch mit entsprechender Infrastruktur unterstützen

/ Wir vergleichen uns in vielen Belangen gerne mit unserem westlichen Nachbarn, warum aber nicht in diesem? Wie bereits beschrieben dürfen überlastete österreichische Spitäler zurzeit nicht auf die Hilfe durch Personal- und Materialstärke des Bundesheeres hoffen – adäquate Kapazitäten sind schlichtweg nicht vorhanden. Aber genau für jenes Szenario, das uns zurzeit so beschäftigt, wäre es notwendig, eine Aufwuchsmöglichkeit an Spitals-



ZUM AUTOR

Brunnader Kevin,

Ausbildung zum NFSUO
der Miliz (Kdo SanZ &
FAmb/SanZ S), seit
09/2015 Verwendung als
NFSUO im Mob-Anteil des
SanZ S in Graz, Studium
der Humanmedizin an der
Medizinischen Universität
Graz, derzeit im Klinisch
Praktischen Jahr (letztes
Studienjahr), Mitglied der
OG Steiermark.

2.4

betten als das berühmte Ass im Ärmel zu haben, um für einen Massenanfall an Erkrankten gewappnet zu sein.

Übung für SanitätspersonalWelcher Sanitäter, Pfleger oder Arzt

im Bundesheer kennt das nicht: Egal bei welchem Übungsvorhaben man als aktiver Part mitwirken sollte, man wird immer als Chimäre der Realversorgung und Übungsteilnehmer gesehen. Dabei wäre es sowohl für Sanitätspersonal als auch für reguläre Kräfte von hoher Bedeutung, die Sanitätsversorgung zu üben! Die wenigsten wissen wirklich, wann in der Verwundetenversorgung eine "Bringschuld" der Truppe und ab wann eine "Holschuld" der Sanitätskräfte besteht, um nur eine Unklarheit zu nennen. Diese Unsicherheit über die Aufgabenverteilung auf beiden Seiten führt nicht selten zu Unverständnis und kameradschaftlichen Auseinandersetzungen, die den Übungserfolg in sanitätsdienstlicher Hinsicht in überschaubarem Rahmen bleiben lassen. Es braucht, um auch der Sanität eine ordentliche Möglichkeit zur Übung zu gewährleisten, eine strikte Trennung zwischen Realversorgung und Übungsteilnahme. Eine RIPA NOVA, die Übung im zweijährigen Abstand für Sanitätszentren, benötigt ein passenderes Übungsziel. Mangels Budget besteht der Inhalt der Übung meist nur aus dem Aufbau einer ROLE-2-Einrichtung (Anm.: Feldambulanz), nicht aber im Betrieb derer. Die Verbesserungswürdigkeit dieses Umstandes ist offensichtlich.

Ärztemangel

Um Militärspitäler, Feldambulanzen und andere Sanitätseinrichtungen des Bundesheeres mit genügend Ärzten zu versorgen, müsste man bereits auf eine Akquise im studentischen Umfeld setzen. Um die Attraktivität der Entscheidung, Militärarzt zu werden, steigern zu können, sind für das Bundesheer reservierte Studienplätze an den Medizinischen Universitäten und Fakultäten nötig.

/ Hier dient wieder die Deutsche Bundeswehr als Vorbild, welche diese Art der Rekrutierung schon seit Jahrzehnten betreibt: In Deutschland existiert eine Laufbahn für Sanitätsoffiziersanwärter, in der sich Freiwillige für einige Jahre an Dienst verpflichten und somit keine Aufnahmeprüfung der Medizinischen Fakultäten absolvieren

/ Das Bundesheer müsste aber auch Studenten, die bereits einen Studienplatz für Humanmedizin haben, ins System integrieren. Es gibt eine beträchtliche Anzahl an Medizinstudierenden, die sich in einer Einsatzorganisation der Miliz engagieren. Jene Milizsoldaten könnte man auch einer Laufbahn zum Sanitätsoffizier zuführen und sie somit ans Heer emotional über eine militärische Heimat und durch Milizübungstage binden. Durch die Schaffung einer eigenen Sanitätsoffizierslaufbahn gäbe man zukünftigen Militärärzten das Rüstzeug für den soldatischen Alltag als Kommandanten, in welchen sie derzeit, durch eine vom zeitlichen Umfang inadäquate Ausbildung, ins kalte Wasser geworfen werden. Es bräuchte eine längere Ausbildung, um auf wichtige Inhalte besser eingehen zu können. Neben Deutschland bietet auch die Schweiz ein entsprechendes Modell.

Akademisierung der Pflege

Im Sommer 2016 wurde im Nationalrat die Novellierung der Ausbildung in der Pflege beschlossen. Es wurden neue Berufsbilder geschaffen, die auch bald Einzug ins Bundesheer finden werden. Neben Pflegeassistenten und Pflegefachassistenten wurde auch ein Bachelor-Studiengang für Gesundheits- und Krankenpflege im gehobenen Dienst geschaffen. Nach Abschluss dieses Studiums erlangt man den akademischen Grad des "Bachelor of Science in Nursing", kurz BScN. Somit besteht die Notwendigkeit, auch diese Akademiker mit einem entsprechenden Dienstgrad zu versehen, da bei allen anderen Offizieren im militärischen Gesundheitswesen auch ein Studium als Voraussetzung für ihre Laufbahn gilt. In vielen anderen Streitkräften, wie z. B. der U. S. Army, ist es schon lange Usus, "Nurses" mit Offiziersdienstgraden auszustatten, um ihre Stellung und die damit verbundenen Aufgaben entsprechend zu würdigen.

Bis dahin ...

Bis zu einer etwaigen Umsetzung der erwähnten Punkte ist es unabdingbar, die vorhandenen Kräfte und Infrastrukturen so sinnvoll wie möglich zu nutzen und auch auszubauen. Bei Überlastungssituationen für zivile Gesundheitseinrichtungen ist die Assistenzleistung von Soldaten des Sanitätsdienstes obligat. Dieser mögliche AssE SAN könnte militärisches Sanitätspersonal in zivilen Spitälern oder aber auch auf den heereseigenen Rettungsmitteln im zivilen Rettungsdienst zur Folge haben. Auch außerhalb von Krisenzeiten muss, bis das Bundesheer über für jedermann zugängliche Spitäler verfügt, der Einsatz von Soldaten im zivilen Gesundheitssystem forciert werden. Nur diese Maßnahme kann eine ausreichende Festigung und Anwendung von

erworbenen Fähigkeiten sichern. Meine Ausführungen sind natürlich nicht als der Weisheit letzter Schluss anzusehen, sie können aber bei der Beantwortung der eingangs gestellten Frage, wie Sanitätsdienst funktionieren könnte, durchaus dienlich sein. Der Blick über unsere Grenzen hinaus und das Lernen von dieser fordernden Zeit sind das Um und Auf, um dieser Frage eine solide Antwort bieten zu können. Dazu braucht es den Willen zur Veränderung, Anpassungsfähigkeit und Kreativität. Versuchen wir uns daran – für unsere Sicherheit, für uns, für Österreich.

25



Ein Sanitäts-Lkw mit Wechselaufbau nimmt einen Verwundeten-Darsteller.



Das finnische Logistikkommando und seine Partner

Lebenslauf

Brigadier Roman FISCHER

Geboren am 4	l. November 1958 in Wien, Österreich
1977 - 1978	Grundwehrdienst als Einjährig Freiwilliger
1978 - 1981	Theresianische Militärakademie, Wr. Neustadt
1981 - 1988	Dienst in der Panzertruppe als Zugskommandant, Bataillonsadjutant und Lehroffizier an der
	dant, Bataillonsadjutant und Lehroffizier an der
	Panzertruppenschule
1988 - 1991	Generalstabskurs an der Landesverteidigungsakademie, Wien
1991 - 1994	Hauptlehroffizier und Forscher für Sicherheitspolitik an der Lan-
	desverteidigungsakademie
1994 - 1999	Hauptlehroffizier Logistik an der Landesverteidigungsakademie
1999 - 2000	Kommandant des Versorgungsregiments 2, Salzburg
2000 - 2002	Stellvertretender Leiter der Quartiermeisterabteilung im BMLV
2003 - 2007	Mit der Führung der Quartiermeisterabteilung betraut
2007 - 2016	Verwendung als Verteidigungsattaché für die Tschechische Re-
	publik, Slowakei, Bulgarien, Kroatien und Albanien
2016 - 2018	Mit der Führung der Quartiermeisterabteilung betraut
Seit Dezember	
2018	Stellvertretender Leiter der Quartiermeisterabteilung

innland ist ein Staat mit einem großen, dünn besiedelten Territorium. Zur Verteidigung seines Territoriums unterhält Finnland eine Milizarmee mit einer Mobilmachungsstärke von 280.000 Soldaten, was für ein Land mit 5,5 Millionen Einwohnern eine beachtliche Leistung darstellt. Im Frieden verfügen die finnischen Streitkräfte über 12.000 Bedienstete, davon 8.000 Soldaten, die pro Jahr etwa 25.000 Wehrpflichtige ausbilden.

/ Die finnische Logistik ist nach einem Vierebenenmodell organisiert, im Rahmen dessen die Streitkräfte und die Wirtschaft bei der Erfüllung der logistischen Aufgaben zusammenwirken. Den internationalen Standards entsprechend bilden die Versorgungsdienste der Bataillone die erste und die Versorgungstruppen der Brigade die zweite Ebene der Logistik. Die Aufgabenträger dieser Ebenen sind als Milizeinheiten organisierte militärische Kräfte. Die Tätigkeit dieser Kräfte wird als Combat Service Support bzw. Einsatzunterstützung bezeichnet, wobei Combat Service Support nicht als Oberbegriff von Logistik, Personalwesen und Verwaltungsunterstützung,

sondern als Gefechtsfeldlogistik im Gegensatz zur Produktionslogistik im Hinterland verstanden wird.

/ Die vierte Ebene ist die Ebene der Bereitstellung, welche alle Tätigkeiten von der Entwicklung der Versorgungsgüter über die Produktion bis zur Übergabe des verwendungsreifen Versorgungsgutes an die Streitkräfte umfasst. Aufgabenträger der vierten Ebene ist

die finnische Industrie und Wirtschaft, das Logistikkommando wirkt dabei durch Definition der Anforderungen und die laufende Kontrolle der Erfüllung der Anforderungen mit. Die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen für die Streitkräfte ist ein Teil der Organisation für die Sicherung der Versorgung des Landes und seiner Bevölkerung in Krise und Krieg. In Finnland wurde als Steuerungselement dafür eine National Emergency Supply Agency geschaffen, die sich hauptamtlich mit der Sicherstellung der Versorgung der finnischen Wirtschaft und der Bevölkerung im Krieg und in Krisen aller Art beschäftigt. Diese Behörde arbeitet mit dem Verteidigungsministerium und dem Logistikkommando zusammen, in Zeiten ohne Krieg und Krise wird die Lage gemeinsam beobachtet und im Hinblick auf Entwicklungen in Richtung einer Mängelkrise analysiert. Beide Seiten arbeiten mit der finnischen Wirtschaft zusammen, die National Emergency Supply Agency im Wege von Sectors und Pools mit den einzelnen Teilbereichen, wie beispielsweise Ernährung und Energie, die Streitkräfte im Wege von Partnerschaften mit bestimmten finnischen Betrie-

Vierebenenmodell der finnischen Logistik 4. Ebene 3. Ebene 2. und 1. Ebene Militärisches Komponente INTEGRIERTES LOGISTISCHES NETZWERK

Gliederung der Finnischen Streitkräfte und des Logistikkommandos Generalstab zugleich Streitkräftekommando Luftstreitkräfte Brigaden 3 Luftkommanden greifendes Systen Staffeln

ben. Es gibt gemeinsame Krisenpläne des Staates und der Wirtschaft, Firmenvertreter nehmen auch an Stabsübungen, bei denen bestimmte Krisenfälle durchgespielt werden, teil.

/ Das Bindeglied zwischen der zivilen vierten Ebene und der Einsatzunterstützung bildet die als Integriertes Logistisches Netzwerk bezeichnete dritte Ebene, deren Aufgabenträger das Logistikkommando der finnischen Streitkräfte und dessen Partnerfirmen sind.

/ In Finnland ist der Chef des Generalstabes zugleich der Kommandant der Streitkräfte, dem sowohl die Teilstreitkräfte als auch das Logistikkommando – dem die Versorgung aller drei Teilstreitkräfte obliegt - unterstehen. Früher hatte jede Teilstreitkraft ein eigenes Logistikkommando, 2015 wurden diese zu einem teilstreitkraftübergreifenden Logistikkommando zusammengelegt.

/ Das finnische Logistikkommando besteht aus dem Teilstreitkraftübergreifenden Systemzentrum, drei Logistikregimentern, dem Militärmedizinischen Zentrum, dem Munitionszentrum und der Logistikschule. Die personelle Stärke des finnischen Logistikkommandos beträgt rund 2.200 Personen, zwei Drittel davon sind Zivilbedienstete.

/ Das finnische Logistikkommando erbringt seine Leistungen im Zusammenwirken mit privatwirtschaftlich organisierten Gesellschaften, mit denen es eine vertragliche Partnerschaft eingeht. Partnerschaftsvereinbarungen werden auf fünf bis sieben Jahre geschlossen. Bei den Vertragsverhandlungen müssen die zivilen Firmen ihre Kostenkalkulation darlegen und auf Grundlage dieser Kalkulation werden für beide Seiten faire Preise ausgehandelt, die für die Vertragsperiode bindend sind. Wenn ein Vertrag geschlossen wurde, müssen die Partnerfirmen jährlich Arbeitsprogramme vorlegen,

in denen die zu erbringenden Arbeitsstunden des Partners und seiner Subunternehmer festgelegt werden. Die Einhaltung dieser Arbeitspläne wird durch das Logistikkommando laufend kontrolliert. Die Verträge enthalten auch Verpflichtungen zur Leistungserbringung bei Krisen und im Krieg und strenge Sicherheitsauflagen. Die leitenden Angestellten der Partnerfirmen nehmen an militärischen Planungen aller Art teil, und die Leistungserbringung im Kriegsfall wird bei Übungen geübt und überprüft. Darüber hinaus ermöglicht es das finnische Milizsystem, die Mitarbeiter von Partnerfirmen gezielt >



Die Streitkräfte verwendeten lange Zeit militärisches Gerät sowohl aus Ost (Kampfflugzeug MiG 21) als auch West (Kampfflugzeug SAAB Draken).

2.6 Top Offizier Ausgabe 3/2020 Ausgabe 3/2020 🗑 Offizier -

Die Partner des finnischen Logistikkommandos



in der Logistik zu beordern. Es gibt viele Personen, die vor und nach der Mobilmachung dieselbe Arbeit verrichten, vor der Mobilmachung als Angestellter, nach der Mobilmachung als Soldat.

/ Die Partnergesellschaften können auch für die Streitkräfte anderer Länder tätig werden, in der Praxis werden Leistungen auch für die schwedischen und die norwegischen Streitkräfte erbracht.

/ Derzeit hat das finnische Logistikkommando sieben strategische Part-

/ Die Gesellschaft Millog nimmt die Depot- und Werkstattinstandsetzung, die Ersatzteilbewirtschaftung, das Konfigurationsmanagement und die Modifikationen und Kampfwertsteigerungen für die Systeme der Landstreitkräfte wahr. Millog gehört zu 65 % Patria und zu 35 % Insta. Das Verteidigungsministerium hat eine Aktie, die ihm ein Vetorecht gegen Verkäufe von Aktien der anderen Partner an Dritte gibt. Millog wurde 2003 gegründet, als die Entscheidung für das Outsourcing der Materialerhaltung der Landstreitkräfte fiel. In der ersten Phase wurden 2008 die acht mit den österreichischen Logistikzentren vergleichbaren Zentralwerkstätten übernommen. Die Liegenschaften, in denen sich diese Werkstätten befanden, gehörten schon damals der staatlichen Gesellschaft Senaatti (vergleichbar mit der österreichischen Bundesimmobiliengesellschaft), die Streitkräfte blieben Mieter der Liegenschaften und Millog

wurde Untermieter der Streitkräfte. Die Übernahme des Personals musste mit den finnischen Gewerkschaften verhandelt werden; diese setzten durch, dass die Verkürzung des Urlaubs (Angehörige der finnischen Streitkräfte haben mehr Urlaub als Privatangestellte) finanziell abgegolten wird. Die meisten der 650 Mitarbeiter der Zentralwerkstätten wechselten in das durch die Gewerkschaften ausgehandelte privatwirtschaftliche Arbeitsverhältnis, nur wenige kündigten und verließen die Werkstätten. 2008 begannen die Zentralwerkstätten, unter Millog zu arbeiten. Da sich dieses Modell als erfolgreich erwies, übernahm Millog 2015 auch die mit den österreichischen Brigade- und Bataillonswerkstätten vergleichbaren 14 Garnisonswerkstätten. Millog beschäftigt jetzt 1.050 Mitarbei-

einrichtungen für Optoelektronik und drei Verkaufsstellen für überschüssiges Material. Die Zusammenarbeit mit den Streitkräften erfolgt in der Form, dass es bei jeder Werkstätte eine Außenstelle des Joint Logistic Centre gibt, die mit der Werkstattleitung von Millog Tag für Tag zusammenarbeitet. Millog vergibt auch Arbeiten an Subunternehmer, die von Millog vor der Auftragsvergabe zertifiziert werden. Millog betreibt außerdem kleine Werkstätten bei den finnischen Kontingenten im Libanon und im Irak, in Afghanistan gibt es eine eingerichtete, aber nicht ständig besetzte Werkstätte. Bei Bedarf wird ein Instandsetzungstrupp eingeflogen. Bei neuen Auslandseinsätzen wird Millog von Anfang an in die logistische Planung einbezogen. Auch bei Übungen in Skandinavien nimmt Millog teil. Die Materialerhaltung in den finnischen Landstreitkräften ist dreistufig. Die Benutzermaterialerhaltung und die Gefechtsfeldinstandsetzung werden durch die Materialerhaltungsdienste der kleinen Verbände und mobilzumachende Instandsetzungseinheiten der Brigaden wahrgenommen. Darüber gibt es die Stufen der Garnisons- und der Depotinstandsetzung, die durch Millog wahrgenommen werden.

ter in neun Zentralwerkstätten, 14 Gar-

nisonswerkstätten, vier Produktions-

/ Das Logistikkommando zahlt derzeit für durch Millog erbrachte Leistungen etwa 160 Millionen Euro pro Jahr.

/ Patria und Insta, die Hauptaktionäre von Millog, sind zugleich selbst strategische Partner des Logistikkom-



Mehrere über das Land verstreute Museen zeugen von der allzeit zeitgemäßen Ausrüstung der finnischen Streitkräfte.



Paraden und Flugvorführungen gehören als Selbstverständlichkeit zum finnischen Alltag.

mandos. Patria führt dieselben Aufgaben wie Millog für die Systeme der Luftstreitkräfte und Aufklärungssysteme mit einem Auftragsvolumen von 80 Millionen Euro pro Jahr durch, Insta für EDV-Systeme und bestimmte Aufklärungssysteme mit einem Auftragsvolumen von 30 Millionen pro Jahr.

/ Leijona ist eine zu 100 % dem Verteidigungsministerium gehörende Cateringgesellschaft, die in allen militärischen Liegenschaften die Verpflegung bereitstellt und darüber hinaus auch die Präsidentengarde, die Polizei und die Gefängnisse mit Verpflegung versorgt. Das Logistikkommando bezahlt jährlich rund 60 Millionen für die Verpflegung.

/ Nammo ist eine Aktiengesellschaft, bei der 50 % der Aktien durch das norwegische Handelsministerium und 50 % durch Patria gehalten werden. Nammo produziert Munition, ist aber auch ein Spezialist für ihre Entsorgung. Das Auftragsvolumen beträgt 20 Millionen Euro pro Jahr.

Luro pro Jahr.

/ Die finnischen Streitkräfte sind nicht Eigentümer der Liegenschaften, diese gehören, wie auch alle Amtsgebäude, dem Staat, der für deren Betrieb und Instandhaltung die Gesellschaft Senaati gegründet hat. Die Streitkräfte nutzen die Kasernen und Übungsplätze und zahlen für deren Betrieb jährlich 140 Millionen Euro.

/ Tuve betreibt sichere Netzwerke für die Regierung und die gesamte staatliche Verwaltung und erhält für seine Leistungen für die Streitkräfte jährlich 35 Millionen Euro pro Jahr aus dem Verteidigungshaushalt.

/ Das Teilstreitkraftübergreifende Systemzentrum ist das personell stärkste Element des finnischen Logistikkommandos. Es ist von seiner Aufgabenstellung her mit dem österreichischen Amt für Rüstung und Beschaffung und seinen systemverantwortlichen Abteilungen vergleichbar. Das Teilstreitkraftübergreifende Systemzentrum ist der Auftraggeber für Millog, Patria und Insta; es betreibt Außenstellen bei allen durch Millog, Patria und Insta betriebenen Werkstätten und überwacht ständig die Leistungserbringung in diesen.

/ Die Personalstärke des Teilstreitkraftübergreifenden Systemzentrums beträgt 515 Personen, davon sind rund 300 Zivilbedienstete mit teilweise hohen technischen Qualifikationen. In der Abteilung Landsysteme arbeiten 152 Mitarbeiter, bei den Luftsystemen 178, bei den Marinesystemen 61 und im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie 84.

/ Die drei Versorgungsregimenter sind territorial organisiert, das VR 1 ist für Südfinnland zuständig, das VR 2 für den Westteil und das VR 3 für Mittel- und Nordfinnland. Die Regimenter haben die Aufgabe, militärisches Material gesichert zu lagern (Mobilmachungslager), die Garnisonen mit Wirtschaftsgütern und Sanitätsmaterial zu versorgen, das eingelagerte Material zu warten, die Exekutive zu unterstützen und Vereinbarungen mit regionalen Anbietern für das internationale Krisenmanagement und internationale Übungen zu schließen. Die Regimenter bestehen aus einer oder zwei Lagersektionen (die je aus mehreren Lagern bestehen), einem Wach- und Sicherungsverband und aus Zentrallagern, und zwar dem Wirtschaftsgüter- und Marinedepot bei VR 2 und dem Luftfahrtmaterialdepot bei VR 3. Das Militärmedizinische Zentrum hat 380 Mitarbeiter. Es betreibt an allen Standorten, an denen es Wehrpflichtige gibt, kleine Spitäler mit jeweils zehn bis 20 Ärzten und qualifizierten Krankenpflegern. Darüber hinaus ist es für die militärmedizinische Ausbildung und für die militärmedizinische Forschung zuständig.

/ Das Munitionszentrum ist für die Zusammenarbeit mit dem Partner Nammo zuständig, es betreibt an vier Standorten Einrichtungen für die Lagerung, Wartung und Entsorgung von Munition.

/ Die finnische Logistikschule ist mit der österreichischen Heereslogistikschule vergleichbar; mit einem großen Angebot an unterschiedlichen Kursen deckt sie den gesamten Bedarf der Streitkräfte an logistischem Führungs- und Stabspersonal sowie an logistischem Fachpersonal für die Versorgungsdurchführung.

/ Die finnische Logistik ist von einer engen Kooperation mit der Wirtschaft und einer Beschränkung auf jene Aufgaben, die durch die Streitkräfte selbst mit militärischem Personal wahrgenommen werden müssen, gekennzeichnet. Sie kommt mit einer relativ geringen Anzahl von eigenen Zivilbediensteten aus, die Verwendung von Wehrpflichtigen als Systemerhalter im österreichischen Sinn ist nicht vorgesehen. Damit trägt die finnische Logistik wesentlich dazu bei, dass die finnischen Streitkräfte bei einer geringeren Einwohnerzahl im Vergleich zu Österreich über eine Mobilmachungsstärke verfügen, die für das Bundesheer bisher stets unerreichbar war.

65 Jahre Österreichisches Bundesheer der Zweiten Republik



1956: Erste Bewährungsprobe für österreichische Soldaten an der Staatsgrenze anlässlich des Ungarn-Aufstandes

ereits nach dem Wiedererstehen der Republik Österreich 1945 gibt es Ansätze für ein neues österreichisches Bundesheer. Die vier Alliierten Mächte (USA. Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich), die Österreich von 1945 bis 1955 besetzten, verbieten diese Versuche jedoch. Erst ab 1948/49 entstehen in den westlichen Besatzungszonen Alarmbataillone der Gendarmerie, aus denen 1951/52 die "B-Gendarmerie" entsteht. 1955, als der Staatsvertrag Österreich seine Souveränität zurückgibt, umfasst diese B-Gendarmerie rund 7500 Mann. Im Juli 1955 werden die Einheiten der B-Gendarmerie zu "Provisorischen Grenzschutzabteilungen" umgebildet, und im Bundeskanzleramt entsteht das Amt für Landesverteidigung, aus dem 1956 das Bundesministerium für Landesverteidigung gebildet wird. Das Wehrgesetz vom 7. September 1955 bietet die Grundlage für die Aufstellung des Bundesheeres; es bestimmt die Ergänzung durch die allgemeine Wehrpflicht in der Dauer von zunächst neun Monaten. Voraussetzung für die Aufstellung des Bundesheeres im Jahr 1955 war der Abschluss des Staatsvertrages mit den alliierten Mächten USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich am 15. Mai 1955. Am 9. September 1955 verlässt der letzte Zug mit Soldaten der sowjetischen Besatzung Niederösterreich. Die ersten Wehrpflichtigen wurden am 15. Oktober 1956 einberufen.

/ Das junge Bundesheer hatte bereits im ersten Jahr seines Bestandes seine erste Bewährungsprobe zu bestehen. Ende Oktober 1956 kam es in Ungarn zu Unruhen, die im Sturz der kommunistischen Regierung gipfelten. Die Sowjetuni-

on, die durch das Ausscheren Ungarns aus dem kommunistischen System eine Destabilisierung ihres gesamten Satellitensystems befürchtete, schlug diesen Volksaufstand nieder. Die Unruhen in Ungarn trafen das erst im Aufbau befindliche Österreichische Bundesheer vollkommen unvorbereitet. Bereits einen Tag nach Ausbruch der Unruhen in Budapest am 23. Oktober verlegten die ersten Einheiten des Bundesheeres an die Grenze. Da nicht ausreichend Kaderpersonal zur Verfügung stand, wurden die Einheiten durch Grundwehrdiener aufgefüllt, die erst wenige Tage zuvor eingerückt waren. Nach Erreichen der Grenze wurde sofort der Patrouillendienst an derselben aufgenommen. Wie ernst es der militärischen Führung damals war, unterstreicht der bereits am 26. Oktober fernmündlich erteilte Schießbefehl. Mit dem sowjetischen Großangriff auf Budapest am 4. November verschärfte sich die Situation zusehends, sodass sich die militärische Führung in Österreich entschloss, die an der Grenze stationierten Truppen in der Nacht vom 5. auf den 6. November in günstig gelegenere Verteidigungsstellungen ins Hinterland zurückzuziehen. Da Kampfhandlungen an der Grenze ausblieben, ging die Truppe wieder zurück in ihre Stellungen. Neben dem Sichern der Staatsgrenze bildete die Unterstützung der Polizei bei der Betreuung von Flüchtlingen eine vollkommen neue Aufgabe. Am 10. Dezember ordnete das Ministerium das Einstellen der Patrouillen an der Grenze an. Die junge Armee des neutralen Österreich hatte ihre erste Bewährungsprobe bestanden. X



Erster militärischer Festakt durch die provisorische Bundesregierung im Jahr 1955. Bundespräsident Theodor Körner schreitet mit Major Birsak die Front ab.







Das sicherheitspolitische Gewissen der Republik Österreich